

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozinsungspreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
jede Frau und Jugend einschließlich Bringerlern monatlich 80 Pf.
Zum die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Ausland für Deutschland und
Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Rédaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 26261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abfertige werden die 6gpalte Zeitung mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Nachhalt gewährt. Verleihungen 25 Pf. Interesse müssen
bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 232.

Dresden, Montag den 6. Oktober 1913.

24. Jahrg.

Sämtliche organisierten Glasarbeiter in Venedig
wurden von den Unternehmern ausgesperrt.

Die englischen Arbeiter fanden das Dubliner Streiken
ein zweites Schiff mit Lebensmittel.

Die englischen Post- und Telegraphenangestellten
sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Der Aufstand der Albanier wird als niederge-
worfenes betrachtet.

Die türkische Presse hält zu einem schärferen Vorgehen
gegen Griechenland.

Spanien und Frankreich.

Von unserem Korrespondenten.

gr. Paris, 4. Oktober.

Spanien und Frankreich sind auf dem Wege, sich in die
Arme zu fallen und ein Freundschaftsbündnis zu schließen.
Wen man sich noch der außerordentlich bissigen Polemiken
erinnert, die vor etwa einem Jahre die bürgerliche Presse
der beiden Länder gegeneinander führte, als sich in Madrid die
Verhandlungen über Marokko zwischen der spanischen Re-
gierung und dem französischen Gouvernement Geoffroy immer
mehr in die Länge zogen und Spanien, hinter dem England
und, gewissen französischen Forderungen den hartnäckigsten
Widerstand entgegensetzte, dann wickte die Schnelligkeit, mit
der sich die Versöhnung vollzog, überraschend. Und doch mußte
es jeder kommen sehen, der die Vorgänge in der inneren und
in der äußeren Politik Spaniens und Frankreichs richtig be-
wertete. Die Regierungen und die kapitalistisch tätigen
Massen der beiden Länder hatten alles Interesse daran, der
Periode der „Mißverständnisse“ ein Ende zu bereiten; und
dann in erster Linie.

Wenn die Tanger-Frage eine seit langem die Spannung
zwischen Madrid und Paris im Jahre 1912 stark genug
erhöhte, daß ein Abbruch der Verhandlungen mehrere Male
angekündigt wurde, so waren daran weniger der hohe Willen
Spaniens schuld, oder die Hartnäckigkeit jener Schicht spani-
scher Großkapitalisten, die zum Marokko-Feldzug gedrängt
waren, als der Einfluß Englands, das unter allen Umständen
hindern wollte, daß Tanger eine französische Stadt würde.
Außerdem jedoch diese Frage gelöst war, und zwar nicht zu-
gunsten Frankreichs, sondern es sich sehr bald gezeigt hatte,
daß den Spaniern die nötigen Betriebsmittel zur kapitalisti-
schen Ausbeutung der ihnen zugesprochenen marokkanischen
Länder fehlten, hatte England keinen Grund mehr, einer
Annäherung der beiden Staaten irgendwelche Hindernisse ent-
gegenzustellen. Die sofort nach dem Abschluß des französischen
Marokkovertrags erfolgte Ankündigung einer Ver-
trägezone des neu gewählten Präsidenten Poincaré nach
Madrid machte Bernstein verblüfft. „Kenner“ hatten
etwas Nechritis erwarten müssen. Für die innere Entwick-
lung Spaniens kann die engere Freundschaft mit der franzö-
sischen Republik von großer Bedeutung werden.

Seitdem Mauras und damit die konserватiv-klerikale
Partei in Spanien die Macht verlor und der Liberalismus
seine Nachfolge übernahm, war es sicher, daß Spanien sich auf
internationalem Gebiet nicht mehr vollkommen passiv ver-
halten würde. Innerpolitische und innerwirtschaftliche Gründe
waren es einem Teil der möglichen Regierungs- und
finanzfreie wünschenswert erschienen, „dran“ einen
Anschluß zu finden, der ihren Zielen nützlich sein könnte. Und
die Zielen des Liberalismus, zu denen u. a. die Groß-
industriellen Statthalterien gehörten, sind sehr mannigfaltiger Art: im Interesse der bürgerlichen Schichten, aus denen er
sich zusammensetzt, liegt es vor allem, daß die Industrialisie-
rung Spaniens, zu der in verschiedenen Gegenden kräftige
Anstrengungen vorhanden sind, rascher vorwärts getrieben wird als
dieser. Dazu ist es nötig, daß die Liberalen sich am Ruder
erhalten. Die Entwicklung der letzten Jahre war ihnen nun
außerordentlich günstig. Das Umschwanken Alfonso, dem die
portugiesische Revolution einen ebenso mühsamen Schritt
angeholt hat wie das Doktandum der sozialistischen Bewegung
in Spanien, und der außerdem durch seine Gattin liberalisiert
wurde, verhinderte es, daß die Konservativen, die Partei der Groß-
grundbesitzer, schon wieder die Regierung in die Hände bräch-
ten. Der Verrat einer Reihe von ministeriellen Träumen
befreiter Republikaner, wie Relquides d'Alvarez, Aguirre
u. a., die nach dem Tode von Canalejas ins Lager der liberalen
Monarchisten überließen, schwächte den sowieso schon wenig
angesehenen bürgerlichen Republikanismus und stärkte den
so genannten „Linsoliberalismus“, für den der Radikaler von
Canalejas im Ministerpräsidium, der antiklerikale Graf Ro-
mantones, wohlklingende Formeln fand.

Solange die klerikal-konservativen herrsch-
ten, war an ein „Bündnis“ mit Frankreich nicht zu denken:
sie hofften in ihm sowohl die antiklerikale Republik als den
„Pausier“, der mit seinen Milliarden nur denen nützen konnte,
die in Spanien entweder die große agrarische Stützpunktpolitik
durch eine aktive Bevölkerungs- und Aufbauungspolitik über-
winden möchten, oder denen, die durch eine Industrialisierung

des Landes eine Abwanderung der Arbeitskräfte vom bäuer-
lichen Dorf nach der Fabrik gegen hervorzurufen drohen, wo-
durch die heiligsten und ältesten Ausbeuterinteressen der bis-
her allmächtigen Großgrundmagnaten geschädigt würden.

Und wenn die Konservativen auch nicht ernsthaft daran
dachten, mit irgendeinem andern Land, dessen politischer
Charakter ihnen angenehmer war, einen Bund zu schließen,
so hielten sie doch liebwohl nach Deutschland hinüber.

Die Liberalen dagegen, die keineswegs „deutsch-
landfeindlich“ sind (alle Spanier bewundern Deutschlands
staatliche und industrielle Organisation), hatten geradezu ein
parteiliches Interesse daran, das Verhältnis zu Frank-
reich so freundlich wie möglich zu gestalten.

In gewissen offiziellen Kreisen Frankreichs dachte man
weitweltlos an ein militärisches Schutz- und Truhändern —
wenn es auch der französischen Hochfinanz, die z. B. schon im
spanischen Eisenbahnbau ein gewichtig Wörtlein mitzu-
sprechen hat, in erster Linie darum zu tun sein mag, sich ein
neues Gläubiger-Volk zu schaffen und dadurch z. B. auch den
Russen, die über zwanzig französische Milliarden haben, zu
verstehen zu geben, daß alles, was in der letzten Zeit hinter
den Kulissen zwischen Frankreich und Russland vorging, in den
Kassenhäfen der Großbanken sein Echo fand! In Spanien
dachte man keine Minute ernsthaft an ein Schutz- und Tru-
händnis, das einen Alfonso Monarchie zu einer systematischen
Aufzehrungspolitik zwingen würde oder das Verhältnis zu
Deutschland aus der Atmosphäre des „Wohlwollens“ in eine
Atmosphäre des Misstrauens bringen könnte. Aus der „welt-
politischen“ Frage wurde ein geschäftlicher Handel. Und es
ist anzunehmen, daß es dabei auch bleibt.

Natürlich wird man „offiziell“ eine hochdiplomatische
Sprache führen. Es kann natürlich nicht bestreiten werden,
daß ein Bündnis zwischen Spanien und Frankreich, wie auch
seine Basis im geheimen beschaffen sein mag, zur „Erhöhung
des internationalen Ansehens“ der beiden Staaten bei den
übrigen Mächten beiträgt. Aber weitläufige diplomatische
militärische Verhandlungen anzustellen über die schwerwiegenden
„Folgen“ der „neuen Konstellation“, wie es ein Teil der
französisch-klerikalen und deutschnationalen Presse tut,
das heißt dem, was Spaniens und Frankreichs Minister und
Staatsoberhäupter in lieblich aufgesetzten Reden und Toasten
anfordern und vorbereiten, einen Charakter verleihen, den
es nicht hat.

In Frankreich sind übrigens nicht etwa nur Freunde
eines Abkommens. Die fürstlich im Süden der Republik ver-
anstalteten Kundgebungen von Winzern, die jetzt schon gegen
eine Herabsetzung der Einfuhrzölle auf spanische Weine pro-
testieren, zeigen, wie mißtrauisch ein Teil der ländlichen Be-
völkerung den wirtschaftlichen Folgen eines spanisch-franzö-
sischen Bündnisses entgegenseht.

Für die Arbeiterklasse der beiden Länder ist kein Grund
vorhanden, sich über das, was vorgeht, aufzututzen. Die
spanische und die französische Sozialdemokratie haben vor einigen Monaten in einem gemeinsamen
Auftritt verkündet, daß sie eine Vereinigung der beiden
Völker in jeder Hinsicht wünschen, daß der Preis dafür jedoch
unter keinen Umständen in einer Militärpolitik bestehen dürfe.
So, wie die Dinge heute liegen, scheint es, allem Bankettlärm
und Empfangs-„Idealismus“ zum Trotz, daß ein neues, ge-
waltiges Geschäft zwischen der goldgefüllten französischen
und der ärmeren goldhungerigen Kapitalistenklasse Spaniens
vor seinem Abschluß steht.

Paris, 5. Oktober. Anlässlich der Madrider Reise, die
Präsident Poincaré heute antritt, erläutert das Journal des Débats,
die beiden Staaten hätten gewiss gemeinsame Interessen im Mittel-
meer und sie verfolgten übereinstimmende Aufgaben in Marokko,
aber um bestimmte Verpflichtungen an Unternehmen und gemeinsame
militärische Unternehmungen zu kombinieren, dazu fehle vieler. Das
Maroko anlangt, so scheint die öffentliche Meinung Spaniens einer
Ausdehnung der militärischen Unternehmungen eher feindselig gegen-
überzustehen. Das erste Interesse der beiden Regierungen müßte es
sein, vor allem die Handelsbeziehungen der beiden Länder
zu verbessern, welche momentan schlecht seien und in Wirklichkeit
einem Zollkrieg entsprechen.

Das „Recht auf Arbeit“.

Die Arbeitslosenfrage ist eine der brennendsten sozialen
Frage der Gegenwart. Sie ist ein Problem und wird es
bleiben, solange wir die heutige privatkapitalistische Pro-
duktionsweise haben. Die letztere verschuldet die Arbeits-
losigkeit und braucht sie, um weiter existieren zu können.
Sie wird nicht mehr produzieren, um den Bedarf der Mensch-
heit an diesem oder jenem Produkte zu decken, sondern um
Profit zu erzielen.

Wie oft kann man selbst in den Kreisen aufgklärter
Arbeiter die Forderung des Rechts auf Arbeit hören! Diese
Forderung nach dem Recht auf Arbeit ist keineswegs neu, viel-
mehr sehr alt. Sobald mit dem Heraufkommen des Kapitalis-
mus sich immer deutlicher und fühlbarer die Begleitercheinung
der Arbeitslosigkeit in empfindlicher Weise zeigte, tauchte sie
auf und ist bis auf den heutigen Tag nicht verschwunden,

trotzdem man damit vom Peasantkapitalismus unmögliches,
unerfüllbares verlangt. Er braucht zu seiner Existenz eine

Arbeitsarmee. Wie sollte sonst der Unterschied in der Zahl
der beschäftigten Arbeiter ausgeglichen werden bei Aufstieg
und Abstieg, Hochkonjunktur und Krise in der wirtschaftlichen
Entwicklung, die sich doch ununterbrochen folgen?

In der Hochkonjunktur werden alle Muskeln angespannt,
wird Tag und Nacht gearbeitet. Dann kommt die Krise, der
Abstieg steht, die Betriebe werden eingekrämpft, unter Um-
ständen selbst stillgelegt. Massenhaft schwält das Heer der
Arbeitslosen an.

Aber abgesehen von diesem Auf- und Niederschwanzen,
ist die Arbeitslosigkeit eine unabänderliche Begleitercheinung
unserer Produktionsordnung. Auch abgesehen davon, daß nicht
alle Berufe gleichzeitig die gleichmäßige Prosperität haben,
ist die Arbeitslosigkeit in einem gewissen Maße, wenn auch von
wechselnder Intensität, immer vorhanden, wie sich durch Sta-
tistiken unzweiflig nachweisen läßt. Der Privatkapitalis-
mus vermag, selbst wenn der gute Wille dazu vorhanden wäre,
nicht die Produktion zu regulieren. Auch die Organisationen zu
einer gewissen Regelung der Produktion: Syndikate, Trusts
und Kartelle, können das nicht in dem Sinne, daß die Arbeits-
losigkeit aufgehoben oder auch nur beschränkt würde. Sie ver-
suchen gewiß eine Regelung der Produktion, aber nur, um
diese rentabler zu gestalten, um den Profit der Kapitalisten
sicherzustellen. Das ist offen anerkannt worden in der Arbeit-
geberzeitung vom 3. März 1908. Es heißt dort:

„Es ist ja geradezu der Zweck der kapitalistischen Sy-
ndikate, durch eine Regelung der Produktion, eventuell durch
eine Bekränkung der Förderung die Marktpreise festzu-
halten.“

Da werden Betriebe stillgelegt, andere zusammengelegt,
um die Produktion profitabler zu erhalten. Dadurch wird
aber gerade die Arbeitslosigkeit vermehrt statt vermindert.

Freilich wird dadurch auch bewiesen, daß eine Regelung
möglich ist, und diese Organisationsformen sind ein Beweis
nicht für die ganze Unwiderrückbarkeit der heutigen regellosen
Betriebsweise. Friedrich Engels bezeichnet sie ja als eine Art
Embryo einer Gesellschaft, in der planmäßig produziert wird,
um den Bedarf zu decken. Er sagt:

„In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins
Monopol, kapitalisiert die planlose Produktion der kapitalistischen
Gesellschaft vor der planmäßigen Produktion der herein-
brechenden sozialistischen Gesellschaft. Allerdings zunächst noch
zu Zug und Grinnen der Kapitalisten. Hierüber wird die Ausbeutung so handgreiflich, daß sie zusammenbrechen muß.“

So Engels. Und er hat durchaus recht. Wie die Arbeit-
geberverbände die Organisationen des Kapitalismus sind, um
den Menschen als Arbeiter auszubeuten, so die Trusts und
Kartelle, ihn als Konsumen zu schröpfen.

Die heutige Gesellschaft wird nie das Recht auf Arbeit
verwirklichen können. Weiß sie alle Arbeitslosen produzieren,
würde eine noch größere Menge unverkäuflicher Waren ent-
stehen und damit immer größere Kreise. Denn die Kreise in
der heutigen Zeit entstehen nicht, wie das in früheren, wirt-
schaftlich unentwickelter Zeiten und in wirtschaftlich nicht
entwickelten Ländern auch in der heutigen Zeit noch der Fall
ist, aus dem Mangel, sondern aus dem Überfluss an Waren.
In Wirklichkeit freilich ist es ja die Unterfunktion des
größten Teiles der Menschheit, die die Männer anschwellen läßt.
Wenn alle Menschen alle zum menschenwürdigen Kulturreben
notwendigen Dinge sich kaufen könnten, gäbe es weder Krise
noch Arbeitslosigkeit.

Das ist ja der ungeheure Widerspruch in unserer Gesell-
schaft: Weil Überfluss, deshalb Mangel! Der Engländer
Carlyle hat das drastisch in dem Satze gesagt:

„Auf einer Seite hunderttausend nackte Rüden, die
nicht bekleidet, auf der andern Seite hunderttausend Helden,
die nicht verfaßt werden können.“

Im Jahre 1848 machte die provisorische Regierung in
Frankreich den Versuch, die Frage: „Hat der Mensch ein Recht
auf Arbeit?“ praktisch zu lösen. Am 26. Februar wurde die
Errichtung von sogenannten Nationalwerkstätten in Paris be-
schlossen, die steilich nur für Paris und dessen nähere Um-
gebung offen standen. Doch erzählt der Direktor Emil Thomas,
der eine Geschichte dieses eigenartigen Veruchs geschrieben hat,
selbst darin, daß es nicht ein ernsthafter Veruch gewesen ist,
sondern nur ein Mittel der Bourgeoisie, die ja bekanntlich die
französische Revolution gemacht hat, um die sozialistischen
Theorien ad absurdum zu führen durch ein Scheinexperiment.
Ihm wurden von der Regierung niemals genug Arbeiten zu-
gewiesen. Auch sollten die Arbeiter, deren Zahl sich am
19. Mai 1848 auf die Zahl von 87 942 belief, nur das Recht
haben auf Tagelöhnerarbeit (Erdarbeit). Thomas errichtete
auch einige Fachtwerkstätten (für Stellmacher, Schuhmacher,
Schneider); diese sollen sehr zufriedenstellende Resultate er-
geben haben. Später verlangte man auch, die Pariser Arbeiter
sollten in den Départements Frankreichs Erdarbeiten ver-
richten. (Man wollte die Arbeiter, die man fürchtete, offen-
bar im Lande zerstreuen.) Darüber kam es zu der furchtbaren
Junienschlacht, in der die Arbeiter niedergeworfen

wurden. Am 20. Juni 1848 legte Marat dem Ausschuß der
Nationalversammlung, der mit der Vorberatung der Ver-
fassung beauftragt war, einen Entwurf vor, in dem das Recht
auf Arbeit und Unterstützung unter dieselben verfassungs-
mäßigen Garantien gestellt war wie das Eigentum. Nach der
Junienschlacht legte er einen neuen Entwurf vor, der nicht mehr

die Forderung des Rechts auf Arbeit, sondern nur noch auf Unterstützung enthielt. Ein anderer Entwurf von Matthias verlangte: Recht auf Arbeit, Unterricht und Unterstützung. Beide Entwürfe wurden abgelehnt.

Abgesehen übrigens von dem bösen Willen der herrschenden Bourgeoisie den Nationalwerktätern gegenüber, die von ihnen nicht Selbstwert, sondern nur Mittel zum Zweck waren, wäre das Projekt auch sonst gescheitert, wie alle Versuche gezeigt sind und scheiterten mussten, die darauf hinausgehen — um ein Beispiel zu gebrauchen —, in der kapitalistischen Wölfe eine sozialistische Dasein zu schaffen.

Urgentest hat man sich in der Frankfurter Nationalversammlung 1849 bei der Veratung der Grundrechte des deutschen Volkes, die die Unvergleichlichkeit des Eigentums proklamierten, auch mit dem Problem der Arbeitslosigkeit befaßt. Die Fortschrittskämpfer Rauwerf und Simon stellten Unteranträge, die die Anerkennung des Rechts auf Arbeit bevestigten.

Der Antrag Rauwers lautete:

"Jeder Deutsche hat ein Recht auf Unterhalt. Dem unfreiwillig Arbeitslosen, wiedem keine verwandtschaftliche oder genossenschaftliche Hilfe wird nunz die Gemeinde bezw. der Staat Unterhalt gewähren, und zwar, soweit irgend möglich, durch Zuweisung von Arbeit." (190, Sitzung vom 8. Februar 1849.)

Der Verbesserungsantrag Simons besagte:

"Die Vorförze im mittellose Arbeitsunfähige ist Pflicht der Gemeinden bzw. des Staates. Dem unfreiwillig Arbeitslosen nunz die Gemeinde bezw. der Staat Arbeit gewähren."

Beide Anträge wurden abgelehnt unter der Motivierung, daß die Vorförze für arbeitsunfähige Arme Soziale der Heimats- und Armengesetzgebung der Gemeinde sei.

Auch Bernhard bat in der Sitzung des Reichstages am 9. Mai 1849 bei der Veratung über die Verlängerung des Gesetzes, welches die gemeinschaftlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (Ausnahmegesetz) vom 21. Oktober 1848 gejagt:

"Ich will mich dadurch refümmieren: Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist — wenn Sie dies tun und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssozialismus schreien, sobald jemand das Wort „Altersversorgung“ ausspricht, wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Thüdener Programme (Sozialdemokraten) ihre Lopspfeife vergebens blasen werden, daß der Bauhaus zu ihnen sich sehr verstimmt wird."

Eugen Richter wunderte sich als Anhänger der Manchestertheorie gegen die Sozialreform. Er wußte sich besonders bestigt gegen das Recht auf Arbeit aus, daß er für einen schweren Eingriff in „das freie Spiel der Kräfte“ hält.

Bismarck antwortete ihm:

"Ich will zunächst die wichtigste Frage beantworten, die Sie (Richter) überhaupt berührt hat: das Recht auf Arbeit. Da ich erkenne das Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, so lange ich auf diesem Blöte stehen werde. Ich befände mich dabei nicht auf dem Boden des Sozialismus, sondern auf dem Boden des preußischen Landrechts. Es nicht das Recht auf Arbeit zur Zeit der Publikation des Landrechts offen proklamiert? Es ist nicht in unserm ganzen ländlichen Verhältnisse begründet, daß der Mann, der an seine Witbürger tritt und sagt: Ich bin gesund, arbeitsfähig, finde aber keine Arbeit, berechtigt ist, zu sagen: Gebt mir Arbeit? Und daß der Staat verpflichtet ist, ihm Arbeit zu geben?"

Bismarck hatte vollkommen recht, als er bestriß, daß das Recht auf Arbeit eine sozialistische Forderung sei und Eugen Richter bestätigte diese Forderung, um die Unternehmer zu schützen. Denn wenn die Konkurrenz, die Arbeiter unter sich völlig ausgeschaltet ist dadurch, daß jeder Arbeitslose Arbeit bekommt, würde natürlich die Macht der Arbeitnehmer und ihr Einfluß auf die Arbeitsbedingungen gewaltig steigen.

Offenbarlich bat der internationale Arbeiterkongress in Kopenhagen sich sehr eingehend mit der Arbeitslosenfrage und auch mit der Frage des Rechts auf Arbeit befaßt.

Die englischen Delegierten verlangten vor allem als erste in der Resolution zu erhebende Forderung die des Rechts auf Arbeit. Die deutschen bestätigten diese Forderung als unsozialistisch. Der Berichterstatter Braun meinte:

"Diese Forderung kann die kapitalistische Gesellschaft nicht erfüllen. Wir müssen deshalb mit Politikmitteln die Arbeitslosigkeit in ihren Wirkungen zu mildern suchen. Nicht durch das Recht auf Arbeit, sondern nur durch Abwendung des Kapitalismus kann die Arbeitslosigkeit allein beseitigt werden."

Die Engländer beharrten auf ihrer Ansicht, daß das Recht auf Arbeit mit gefordert werden müsse. Es wurde aber bei Stimmenthaltung der Engländer eine Resolution angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktion sowie un trennbar ist. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktion sowie kann es sich daher nicht um Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um deren Verminderung und um die Milderung ihrer Folgen handeln."

Auf denselben Standpunkt stellte sich der Deutsche Gewerkschaftskongress von Dresden und in diesem Jahre der Parteitag in Bona.

In Deutschland ist also diese Frage des Rechts auf Arbeit vollständig geklärt: Es gibt in der Gegenwartsgesellschaft kein Recht auf Arbeit. Es handelt sich nur noch darum, wie die Arbeitslosigkeit und deren Folgen gemildert werden können.

anderen Friedensgesellschaften, er wende sich nur gegen den Nationalismus, der in den Bau und Einsatz auszieht. Der Verband hat, um ein Bild zu gebrauchen, weder mit dem politischen Nationalismus der Alteuropäischen, noch mit der Nationalismus der Nationalen zusammen, sondern er bewegt sich auf der mittleren Linie der Demokratie. Er will zwischen den Wölfen eine Versöhnung verhandeln, nicht aber den Preis um jeden Preis. Die Wölfe sollen gegenseitig vornehme Achtung bekommen, sich aber niemals nachlaufen. Deswegen führt der Verband auch niemals Stellung für die Ablösung der Kräfte überhaupt nehmen. Er verurteilt nur das leichtsinnige Hegen zum Kriege. So sei der Frieden vornehm der Anfang, daß ein Krieg zwischen den europäischen Großmächten niemals eine Notwendigkeit werden könnte. Es wäre dies um so mehr zu bedauern, als ein solcher Krieg unendliches Unheil über Europa bringen und selbst den Sieger mit dauerndem Ruin bedrohen würde. Der Verband führt sich rühmen, sein Realpolitik betrieben zu haben. Eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland halten wir nicht für zumutbar, sondern für ohne weiteres möglich. Mit der inneren Politik hat der Verband nichts zu tun. Professor Rippold schloß mit den Worten, daß der Gedanke der internationalen Verständigung unabdingt siegen müsse, die unter der Devise steht: „Für das Vaterland durch die Eintracht der Welt!“ (Lebhafte Runde).

Sagen wir also nach diesem Renn und über, Umfallen und Wiederauftreten: der Verband ist leider all. Er ist ein Produkt jener Leute, die draußen den Nationalismus beklagen und von ihren Vertretern im Reichstag auch die unerhörteste Militärvorlage und konsequente Agierierung Deutschlands bewilligen lassen. Bedeutung hat der Verband nur, weil auch er ein Beweis dafür ist, daß selbst die überale Drehscheibenpolitik in den Händen der Friedensidee gezogen wird.

Konservativer Ablehnungsversuch.

Es ist unglaublich, mit welcher Unverfrorenheit die konservative Korrespondenz — die die ganze blaue Presse versüßt — gerichtet festgestellte Tatsachen abzuleugnen verucht. Vor elichen Tagen fand nämlich in der medienburgischen Stadt Waren ein Verteidigungsprozeß des fortgeschrittenen Abgeordneten Wendorff gegen den dortigen konservativen Parteisekretär Jordan statt. In diesem Prozeß wurde eingevidet, daß der Vorsteher des konservativen Vereins in Waren, der Maurermeister Steinholz, zu einem ihm bekannten Sozialdemokraten gehangen ist und mit diesem gesprochen hat über die damals bevorstehende Stichwahl bzw. über das Zusammensehen bei dieser. Diese Tatsache der Unterredung hat die konservative Presse selbst in ihren Geschichtsaufzeichnungen mitgeteilt. Sie brachte dann hinterher zur Entschuldigung des konservativen Unterhandlers eine Erklärung des Kreisvorstandes der konservativen eines Herrn v. Gundlach, wonin gelogen wurde, der konservative Vereinsvorsitzende habe jene Unterredung nur als eine private geplaudert. Die Tatsache an sich wurde also nicht zu bestreiten gewagt. Aber jetzt bringt die konservative Korrespondenz (R. 78) eine „authentische Darstellung“, in der mit der Wahrheit geradezu Schindluder getrieben wird! Es wird nämlich schamlos die Unwahrheit verkündet:

„Scheinlich haben sowohl der Vorsteher des sozialdemokratischen Kreisvereins, wie noch ein anderes als junge genannte Mitglied der Sozialdemokratie in dreizehn kleinen Waren vor Gericht unter ihrem Eid ausgesagt, daß zwischen Ihnen und Herrn Maurermeister Steinholz niemals eine Unterredung stattgefunden hat.“

Diesen offenkundigen Schwund drückt nun die konservative Presse noch, sogar die Juniorsparte, die vor ein paar Tagen mit der Wiedergabe der Erklärung des Herrn v. Gundlach und vorher mit dem Prozeßbericht die Tatsache der statigjündigen Unterredung fehlst veröffentlich haben!

Angenichts dieses erstaunlich dreisten Verdunkelungsmanövers der Konservativen sei hier mitgeteilt, was die liberale Wochener Zeitung über die Jugendverneinung vor dem Schöffengericht in Waren ausführlich berichtet. Es ist dort zu lesen:

„George Möller (Soz.) sagt aus: Zwischen Haupt- und Stichwoche kam Herr Steinholz (der Vorsteher des konservativen Kreisvereins) zu mir und bat mich, daß er zu Jorgen, daß meine politischen Freunde in der Stadt Waren Herrn v. Molten mäden möchten, da dann möglicherweise die Maurerarbeiten für die Gräfshof Wosseck wieder nach Woldin kommen würden, was doch auch für die Maurer und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Steinholz erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht steht und daß wie übriags für die Stichwahl die Sonder-Bedingungen stellten. Da fragte Steinholz, ob wir schon mit den Maurern ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da fragte Steinholz: Soviel wie welche? Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Da vom Januar Verleihung aufgestellt. Steinholz verlangte die zu lesen. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Molten wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den wurden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Steinholz dann gezeigt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuständig, er sollte sich an unsern Vorsteher Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Vertragen durch den Richter sagt Möller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsvorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“

Der Arbeiter Johann Krüger (Vorsteher des Sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich hörte von meiner Frau, daß zwischen Haupt- und Stichwahl Steinholz mich mit meinen politischen Freunden in der Stadt Waren Herrn v. Molten mäden möchten, da dann möglicherweise die Maurerarbeiten für die Gräfshof Wosseck wieder nach Woldin kommen würden, was doch auch für die Maurer und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Steinholz erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht steht und daß wie übriags für die Stichwahl die Sonder-Bedingungen stellten. Da fragte Steinholz, ob wir schon mit den Maurern ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da fragte Steinholz: Soviel wie welche? Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Da vom Januar Verleihung aufgestellt. Steinholz verlangte die zu lesen. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Molten wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den wurden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Steinholz dann gezeigt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuständig, er sollte sich an unsern Vorsteher Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Vertragen durch den Richter sagt Möller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsvorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“

Der Arbeitnehmer Johann Krüger (Vorsteher des Sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich hörte von meiner Frau, daß zwischen Haupt- und Stichwahl Steinholz mich mit meinen politischen Freunden in der Stadt Waren Herrn v. Molten mäden möchten, da dann möglicherweise die Maurerarbeiten für die Gräfshof Wosseck wieder nach Woldin kommen würden, was doch auch für die Maurer und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Steinholz erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht steht und daß wie übriags für die Stichwahl die Sonder-Bedingungen stellten. Da fragte Steinholz, ob wir schon mit den Maurern ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da fragte Steinholz: Soviel wie welche? Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Da vom Januar Verleihung aufgestellt. Steinholz verlangte die zu lesen. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Molten wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den wurden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Steinholz dann gezeigt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuständig, er sollte sich an unsern Vorsteher Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Vertragen durch den Richter sagt Möller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsvorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“

Der Arbeitnehmer Johann Krüger (Vorsteher des Sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich hörte von meiner Frau, daß zwischen Haupt- und Stichwahl Steinholz mich mit meinen politischen Freunden in der Stadt Waren Herrn v. Molten mäden möchten, da dann möglicherweise die Maurerarbeiten für die Gräfshof Wosseck wieder nach Woldin kommen würden, was doch auch für die Maurer und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Steinholz erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht steht und daß wie übriags für die Stichwahl die Sonder-Bedingungen stellten. Da fragte Steinholz, ob wir schon mit den Maurern ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da fragte Steinholz: Soviel wie welche? Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Da vom Januar Verleihung aufgestellt. Steinholz verlangte die zu lesen. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Molten wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den wurden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Steinholz dann gezeigt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuständig, er sollte sich an unsern Vorsteher Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Vertragen durch den Richter sagt Möller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsvorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“

Der Arbeitnehmer Johann Krüger (Vorsteher des Sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich hörte von meiner Frau, daß zwischen Haupt- und Stichwahl Steinholz mich mit meinen politischen Freunden in der Stadt Waren Herrn v. Molten mäden möchten, da dann möglicherweise die Maurerarbeiten für die Gräfshof Wosseck wieder nach Woldin kommen würden, was doch auch für die Maurer und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Steinholz erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht steht und daß wie übriags für die Stichwahl die Sonder-Bedingungen stellten. Da fragte Steinholz, ob wir schon mit den Maurern ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da fragte Steinholz: Soviel wie welche? Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Da vom Januar Verleihung aufgestellt. Steinholz verlangte die zu lesen. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Molten wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den wurden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Steinholz dann gezeigt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuständig, er sollte sich an unsern Vorsteher Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Vertragen durch den Richter sagt Möller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsvorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“

Der Arbeitnehmer Johann Krüger (Vorsteher des Sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich hörte von meiner Frau, daß zwischen Haupt- und Stichwahl Steinholz mich mit meinen politischen Freunden in der Stadt Waren Herrn v. Molten mäden möchten, da dann möglicherweise die Maurerarbeiten für die Gräfshof Wosseck wieder nach Woldin kommen würden, was doch auch für die Maurer und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Steinholz erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht steht und daß wie übriags für die Stichwahl die Sonder-Bedingungen stellten. Da fragte Steinholz, ob wir schon mit den Maurern ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da fragte Steinholz: Soviel wie welche? Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Da vom Januar Verleihung aufgestellt. Steinholz verlangte die zu lesen. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Molten wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den wurden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Steinholz dann gezeigt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuständig, er sollte sich an unsern Vorsteher Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Vertragen durch den Richter sagt Möller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsvorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“

Der Arbeitnehmer Johann Krüger (Vorsteher des Sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich hörte von meiner Frau, daß zwischen Haupt- und Stichwahl Steinholz mich mit meinen politischen Freunden in der Stadt Waren Herrn v. Molten mäden möchten, da dann möglicherweise die Maurerarbeiten für die Gräfshof Wosseck wieder nach Woldin kommen würden, was doch auch für die Maurer und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Steinholz erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht steht und daß wie übriags für die Stichwahl die Sonder-Bedingungen stellten. Da fragte Steinholz, ob wir schon mit den Maurern ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da fragte Steinholz: Soviel wie welche? Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Da vom Januar Verleihung aufgestellt. Steinholz verlangte die zu lesen. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Molten wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den wurden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Steinholz dann gezeigt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuständig, er sollte sich an unsern Vorsteher Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Vertragen durch den Richter sagt Möller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsvorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“

Der Arbeitnehmer Johann Krüger (Vorsteher des Sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich hörte von meiner Frau, daß zwischen Haupt- und Stichwahl Steinholz mich mit meinen politischen Freunden in der Stadt Waren Herrn v. Molten mäden möchten, da dann möglicherweise die Maurerarbeiten für die Gräfshof Wosseck wieder nach Woldin kommen würden, was doch auch für die Maurer und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Steinholz erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht steht und daß wie übriags für die Stichwahl die Sonder-Bedingungen stellten. Da fragte Steinholz, ob wir schon mit den Maurern ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da fragte Steinholz: Soviel wie welche? Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Da vom Januar Verleihung aufgestellt. Steinholz verlangte die zu lesen. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Molten wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den wurden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Steinholz dann gezeigt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuständig, er sollte sich an unsern Vorsteher Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Vertragen durch den Richter sagt Möller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsvorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“

Der Arbeitnehmer Johann Krüger (Vorsteher des Sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich hörte von meiner Frau, daß zwischen Haupt- und Stichwahl Steinholz mich mit meinen politischen Freunden in der Stadt Waren Herrn v. Molten mäden möchten, da dann möglicherweise die Maurerarbeiten für die Gräfshof Wosseck wieder nach Woldin kommen würden, was doch auch für die Maurer und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Steinholz erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht steht und daß wie übriags für die Stichwahl die Sonder-Bedingungen stellten. Da fragte Steinholz, ob wir schon mit den Maurern ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da fragte Steinholz: Soviel wie welche? Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Da vom Januar Verleihung aufgestellt. Steinholz verlangte die zu lesen. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Molten wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den wurden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Steinholz dann gezeigt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuständig, er sollte sich an unsern Vorsteher Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Vertragen durch den Richter sagt Möller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsvorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“

Der Arbeitnehmer Johann Krüger (Vorsteher des Sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich hörte von meiner Frau, daß zwischen Haupt- und Stichwahl Steinholz mich mit meinen politischen Freunden in der Stadt Waren Herrn v. Molten mäden möchten, da dann möglicherweise die Maurerarbeiten für die Gräfshof Wosseck wieder nach Woldin kommen würden, was doch auch für die Maurer und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Steinholz erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht steht und daß wie übriags für die Stichwahl die Sonder-Bedingungen stellten. Da fragte Steinholz, ob wir schon mit den Maurern ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da fragte Steinholz: Soviel wie welche? Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Da vom Januar Verleihung aufgestellt. Steinholz verlangte die zu lesen. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Molten wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den wurden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Steinholz dann gezeigt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuständig, er sollte sich an unsern Vorsteher Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Vertragen durch den Richter sagt Möller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsvorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“</

die Forderung des Rechts auf Arbeit, sondern nur noch auf Unterstützung enthielt. Ein anderer Entwurf von Matthias verlangte: Recht auf Arbeit, Unterricht und Unterhaltung. Beide Entwürfe wurden abgelehnt.

Ausgeschlossen übrigens von dem bösen Willen der herrschenden Bourgeoisie den Nationalverstaatlichungen gegenüber, die von ihnen nicht Selbststaus, sondern nur Mittel zum Zweck waren, wäre das Projekt auch sonst gescheitert, wie alle Versuche gescheitert sind und scheitern müssen, die darauf hinausgehen — um ein Beispiel zu gebrauchen — in der kapitalistischen Wüste eine sozialistische Oase zu schaffen.

Hebrigens hat man sich in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 bei der Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes, die die Unvergleichlichkeit des Eigentums proklamierten, auch mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigt. Die sozialistischen Abgeordneten Simon und Simon stellten Unteranträge, die die Anerkennung des Rechts auf Arbeit bewegten.

Der Antrag Rauwers lautete:

Jeder Deutsche hat ein Recht auf Unterhalt. Dem unfreiwillig Arbeitslosen, welchem keine verwandtschaftliche oder geschäftliche Hilfe wird, muss die Gemeinde bzw. der Staat Unterhalt gewähren, und zwar, soweit irgend möglich, durch Zuweisung von Arbeit." (10. Sitzung vom 8. Februar 1849.)

Der Verbesserungsantrag Simons besagte:

Die Vorsorge für mittellose Arbeitsfähige ist Pflicht der Gemeinden bzw. des Staates. Dem unfreiwillig Arbeitslosen muss die Gemeinde bzw. der Staat Arbeit gewähren."

Beide Anträge wurden abgelehnt unter der Motivierung, dass die Vorsorge für arbeitsfähige Arme Sache der Heimats- und Armenforschung der Gemeinde sei.

Auch Bismarck hat in der Sitzung des Reichstages am 9. Mai 1881 bei der Beratung über die Verlängerung des Gesetzes gegen die gemeinschaftlichen Bemühungen der Sozialdemokratie (Ausnabutegesetz) vom 21. Oktober 1878 gesagt:

"Ich will mich dahin resümieren: Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist — wenn Sie dies tun und die Öffentlichkeit schenkt und nicht über Staatssozialismus schreibt, sobald jemand das Wort „Altersversorgung“ ausspricht, wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, dass die Herren vom Wiedener Programme (Sozialdemokraten) ihre Lachseite vergebens bliesen werden, da der Zulauf zu ihnen sich sehr vermindert wird."

Eugen Richter wandte sich als Anhänger der Manchestertheorie gegen die Sozialreform. Er sprach sich besonders bestmöglich das Recht auf Arbeit aus, das er für einen schweren Eingriff in „das freie Spiel der Kräfte“ hielt.

Bismarck antwortete ihm:

"Ich will zunächst die wichtigste Frage beantworten, die er (Richter) überhaupt berührt hat: das Recht auf Arbeit. Da, ich erkenne das Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, so lange ich auf diesem Blatte stehen werde. Ich befürchte mich dabei nicht auf dem Boden des Sozialismus, sondern auf dem Boden des preußischen Bunde-Rechts. Ist nicht das Recht auf Arbeit zur Zeit der Publikation des Landbuchs offen proklamiert? Ist es nicht in unserm ganzen ländlichen Verhältnisse begründet, dass der Mann, der an seine Mithilfe tritt und sagt: Ich bin gesund, arbeitslustig, finde aber keine Arbeit, berechtigt ist, zu sagen: Geht mir Arbeit? Und dass der Staat verpflichtet ist, ihm Arbeit zu geben?"

Bismarck hatte vollkommen recht, als er befürchtete, dass das Recht auf Arbeit eine sozialistische Forderung sei und Eugen Richter beläumpte diese Forderung, um die Unternehmer zu schützen. Denn wenn die Konkurrenz der Arbeiter unter sich völlig ausgeschaltet ist dadurch, dass jeder Arbeitslose Arbeit bekommt, würde natürlich die Macht der Arbeitgeber und ihr Einfluss auf die Arbeitsbedingungen gewaltig steigen.

Bestimmt hat der internationale Arbeiterskongress in Kopenhagen sich sehr eingehend mit der Arbeitslosenfrage und auch mit der Frage des Rechts auf Arbeit beschäftigt.

Die englischen Delegierten verlangten vor allem als erste in der Resolution zu erhebende Forderung die des Rechts auf Arbeit. Die deutschen Delegierten diese Forderung als unsozialistisch. Der Berichterstatter Braun meinte:

"Diese Forderung kann die kapitalistische Weltgesellschaft nicht erfüllen. Wir müssen deshalb mit Politikmitteln die Arbeitslosigkeit in ihren Wirkungen zu mildern suchen. Nicht durch das Recht auf Arbeit, sondern nur durch Abschaffung des Kapitalismus kann die Arbeitslosigkeit allein beseitigt werden."

Die Engländer beharrten auf ihrer Ansicht, dass das Recht auf Arbeit mit gefordert werden müsse. Es wurde aber bei Stimmenthaltung der Engländer eine Resolution ange nommen, die folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress stellt fest, dass die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise un trennbar ist. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich dabei nicht um Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um deren Verminderung und um die Milderung ihrer Folgen handeln."

Auf denselben Standpunkt stellte sich der Deutsche Gewerkschaftskongress von Dresden und in diesem Jahre der Parteitag in Jena.

In Deutschland ist also diese Frage des „Rechts auf Arbeit“ vollständig geklärt: Es gibt in der Gegenwartsgesellschaft kein Recht auf Arbeit. Es handelt sich nur noch darum, wie die Arbeitslosigkeit und deren Folgen gemildert werden können.

anderen Friedensgesellschaften, er wende sich nur gegen den Nationalismus, der in den Chauvinismus ausartete. Der Verband hat, um ein Bild zu gestalten, weder mit dem politischen Nationalismus der Aldeutschen noch mit der Abteilung der Nationalen etwas gemein, sondern er bewegt sich auf der mittleren Linie der Temperatur. Er will zwischen den Völkern eine Verständigung herbeiführen, nicht aber den Frieden um jeden Preis. Die Völker sollen gegenseitig voneinander Achtung bekommen, sich aber niemals was laufen. Deswegen sollte der Verband auch niemals Stellung für die Ablösung der Kräfte überhaupt nehmen. Er verurteilt nur das leichtsinnige Hegen zum Krieg. So sei der Redner persönlich der Ansicht, dass ein Krieg zwischen den europäischen Großmächten niemals eine Notwendigkeit werden könnte. Es wäre dies um so mehr zu bedauern, als ein solcher Krieg unendliches Leid über Europa bringen und selbst den Sieger mit dauerndem Kain bedrohen würde. Der Verband sollte sich rüthen, seine Neutralität weiter zu erhalten zu haben. Eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland halten wir nicht für unumstößlich, sondern für ohne Weiteres möglich. Bis der innere Politik hat der Verband nichts zu tun. Professor Rippold schloss mit den Worten, dass der Gedanke der internationalen Verständigung unbedingt siegen müsse. Der unter der Devise steht: „Für das Vaterland durch Eintracht der Welt!“ (Lebhafte Beifall.)

Sagen wir also nach diesem Wenn und Aber, Unfallen und Wiederholungen: der Verband ist liberal! Er ist ein Produkt jener Leute, die draußen den Nationalismus bekämpfen und von ihren Vertretern im Reichstag auch die unerhörte Militärvorlage und konsequente Koerperierung Deutschlands bewilligen lassen. Bedeutung hat der Verband nur, weil auch er ein Beweis dafür ist, dass selbst die liberale Drehscheibenpolitik in den Händen der Friedensidee gezogen wird.

Konservativer Ablehnungsversuch.

Es ist unglaublich, mit welcher Unverantwortlichkeit die konservative Korrespondenz — die die ganze blaue Presse füllt — gerichtet festgestellte Tatsachen abzuleugnen verucht. Vor einigen Tagen fand nämlich in der medienburgischen Stadt Waren ein Verteidigungsprozess des fortschrittlichen Abgeordneten Wendell gegen den dortigen konservativen Parteisekretär Jordan statt. In diesem Prozess wurde ein niedlich festgestellt, dass der Vorwurf des konserватiven Vereins in Waren, der Maurermeister Reinholz, zu einem ihm bekannten Sozialdemokraten gegangen ist und mit diesem getrieben hat über die damals bevorstehende Stichwahl beginn, über das Zusammengehen bei dieser. Dieser Tatsache der Unterredung hat die konservative Presse selbst in ihren Prozessberichten mitgeteilt. Sie brachte dann wiederum zur Entschuldigung des konservativen Unternehmers eine Erklärung des kreisvorständigen der konservativen eines Herren v. Gundlach, worin gefragt wurde, der konservative Vereinsvorstand habe jene Unterredung nur als eine private ge pflogen. Die Tatsache an sich wurde also nicht zu bestreiten gewagt. Aber jetzt bringt die konservative Korrespondenz (Nr. 79) eine „authentische Darstellung“, in der mit der Wahrheit geradezu Schindluder getrieben wird! Es wird nämlich schlanzweig die Unwahrheit verklärt:

Schließlich haben sowohl der Vorstand des sozialdemokratischen Kreisvereins, wie noch ein anderes als Zeuge genanntes Mitglied der Sozialdemokratie im Kreis Wittenberg-Waren vor Gericht unter ihrem Eid ausgesagt, dass zwischen ihnen und Herren Maurermeister Reinholz niemals eine Unterredung stattgefunden hat.

Diesen offenkundigen Schwund drückt nun die konservative Provinzprese nach, sogar die Junckerorgane, die vor ein paar Tagen mit der Wiedergabe der Erfahrung des Herren v. Gundlach und vorher mit dem Prozeßbericht die Tatsache der statigfesten Unterredung fehlt ist veröffentlicht haben!

Angenässt dieses erstaunlich dreisten Verdunkelungsmanövers der Konservativen sei hier mitgeteilt, was die liberale Provinzprese Zeitung über die Szenenverzeichnung vor dem Schöffengericht in Waren ausführlich berichtet. Es ist dort zu lesen:

„Zeuge Möller (Sog.) sagt aus: Zwischen Haupt- und Stichwahl kam Herr Reinholz der Vorsteher des konservativen Ortsvereins zu mir und bat mich, dass er zu sagen, dass meine politischen Freunde in der Stichwahl Herren v. Malchow wählen möchten, da dann möglicherweise die Wahlen für die Großstadt Wittenberg wieder nach Malchow kommen würden, was doch auch für die Maurer und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Reinholz erwidert, dass das wohl nicht in seiner Macht stehe und das wie übri geng für die Stichwahl bestimmte Bedingungen stellen. Da fragte Reinholz, ob wir schon mit den Liberalen ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da fragte Reinholz: Spitz versteht. Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Das vom Denner-Vorsteiger aufgestellte. Reinholz verlangt die zu lesen. Ich gab sie ihm. Er sah sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr v. Malchow wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den würden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Reinholz dann gezeigt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuhändig, er möge sich an unsern Vorsteher Arbeiter Johann Neiger wenden. Auf Verfragen durch den Richter soll Möller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsmittel des sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.“

Der Arbeiter Johann Krüger (Vorsteher des Sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich hätte von meiner Frau, doch zwischen Haupt- und Stichwahl Reinholz mich habe sprechen wollen.“

Bogumil Frau Krüger sagt aus: Herr Reinholz war zwischen Haupt- und Stichwahl in unserem Hause und wollte meinen Mann sprechen. Das war aber nicht zu Hause. In ihrer Nummer 80 kommt die konservative Korrespondenz noch einmal in einer Polemik gegen die Frankfurter Zeitung auf die Angelegenheit zu sprechen und verichert abermals:

„Sowohl der Herr Maurermeister Reinholz, der als die Persönlichkeit genannt worden war, die angeblich mit Vertretern der Sozialdemokratie in Verbindung getreten sein sollte, wie die Führer der Sozialdemokratie selbst in jenem Kreise haben vor Gericht unter ihrem Eid ausgesagt, dass niemals zwischen ihnen eine Unterredung stattgefunden hat, geschweige denn eine auf die Reichstagswahlen bezügliche Vereinbarung getroffen worden ist.“

Dreister kann die Wahrheit allerdings nicht auf den Kopf gestellt werden.

Müchand-Terrorismus.

Durch die nationalliberale Presse geht ein Zusatz des neuemündeten Reichstagabgeordneten und bekannten Kaiserbundsführers Dr. Karl Böhme, der sich im Hintergrund auf die bevorstehende Zusammenkunft der nationalliberalen Fraktion in Wiesbaden mit der Frage eines stärkeren gesetzlichen Schutzes gegen den Terrorismus beschäftigt. Herr Dr. Böhme will es dahingestellt sein lassen, ob die Frage des Streitpostenstreits aus partizipatistischen Gründen von diesen

Seiten nur aufgebaut ist oder ob tatsächlich Missstände vorliegen, die ohne eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung nicht beseitigt werden können. Dafür wendet er sich in seinen weiteren Ausführungen deshalb nachdrücklicher dem konservativen Wahlterrorismus zu, gegen den es so gut wie keinen gesetzlichen Schutz gebe:

In weiten Kreisen unseres deutschen Vaterlandes, in den gerügten Missständen so gut wie unbekannt, steht die Verhältnisse auf dem Gebiet des Wahlterrorismus, der in der Regel vom Großgrundbesitz und den ihm politisch nahestehenden Kreisen ausgeht. Die Gesetzgebung bestreift Wahlterrorismus nur dann, wenn Bedrohungstatbestände haben mit Mitteln, deren Anwendung an sich strafbar wäre. Jeder andere Terrorismus bleibt strafbar. Diese Mängel der Gesetzgebung haben sich besonders in der letzten Zeit vermehrt gemacht. Der starke Kampf, in dem sich seit längerer Zeit der Bund der Landwirte und die konservative Partei befinden, hat dort in hohem Maße Schadensfälle gezeigt, wie sie früher nur andernortsweise zu Tage traten. Wer außerdem in der Presse die politischen Projekte verfolgt hat, muss feststellen, dass in den letzten Jahren Verstümmelungen aus politischen Anlässen wegen Beleidigungen usw. im konservativen Lager in ganz außerordentlichen Maße stattgefunden haben. Man kann sagen, dass auf eine Verstümmelung im Lager sämtlicher liberalen Parteien, Liberale, Zentrum, Sozialdemokratie zusammen, mindestens zwei oder drei Verstümmelungen von konservativen wegen politischer Vergehen stattgefunden haben. Dabei spielen Beamte der konservativen Partei, Redakteure usw. eine ganz hervorragende Rolle.

Herr Dr. Böhme führt dann eine Reihe von Fällen an, in denen die Freiheit der Wähler von der herrschenden Großgrundbesitzerklasse gräßlich vergewaltigt worden ist, Fälle, die sich alljährlich ereignen, und kommt dann zu folgenden Schlussfolgerungen:

Jeder wird zugeben müssen, will man auf dem Gebiet des Streitpostenwesens die Gesetzgebung berücksichtigen, bei dem es sich schließlich um Arbeitsämter handelt, bei denen eine minderbemittelte Klasse um ihre wirtschaftliche Existenz ringt, so erscheint es nachweislich frevelhaft, wenn gewisse Schichten beträchtlich ihrer wirtschaftlichen Macht ausnutzen, um unbemittelten Staatsbürgern die Ausübung des Wahlrechts zu verbauen. Es erscheint deshalb dringend notwendig, nicht nur einzutreten in den Hintergrund der Diskussion die Streitpostenfragen zu rücken. Auf dem hier erörterten Gebiet liegen die Verhältnisse unendlich klar, der Terrorstaat ist weit brutaler und beständiger, die ihn treiben, können für sich nicht die Mitterungsgründe in Anspruch nehmen, die dort die Freiheit und legale Stellung mit sich bringen.

So verweist der nationalliberale Abgeordnete die konservativen Ankläger dorthin, wohin sie selber gehören, auf die Anklagebank. Und es ist erfreulich, dass diese sich über Terror bestiegenden Terroristen auch einmal von nationalliberaler Seite ins rechte Licht gesetzt worden sind.

Die preisgegebene Bauernlegende.

Eine alte Lüge gegen die Sozialdemokratie gibt die Kreuzzeitung preis, indem sie sich in einem Artikel gegen den Bodenreformer Damaschke für eine zunehmende Verstaatlichung des Grund und Bodens erläutert. Sie schreibt:

Von einer Verstaatlichung des Bodens wollte Herr Damaschke in Straßburg nichts wissen. Nur eine Folge wäre die Verstaatlichung der persönlichen Freiheit zu räumen. Wer wollen noch in Erbträgern darüber eintreten, ob das wirklich die Folge der Verstaatlichung des Grund und Bodens sein müsste. Aber wir meinen doch, dass eine Verstaatlichung von Grund und Boden in größerem Umfang als gegenwärtig als Mittel gegen die fortschreitende Kapitalisierung der ländlichen Grundrente in Erwägung gezogen werden könnte. Herr Damaschke verfasst in Straßburg den Brief eines Anhängers an die Anwaltschaftshalle, er habe ihm billig gegebene Staatsland mit Vorstell verkaufen: wenn er wieder solchen Boden haben könnte, sei er zu einem solchen Geschäft gerne bereit. Diese Kapitalisierung der Grundrente sollte nicht möglich gewesen, wenn der Staat das Land zu niedrige Preise vergeben hätte. Wie die flüchtende ländliche Bevölkerung vom Staat erworben und in langjährigen Nachbauten wieder vergeben, so könnte man darin wohl einen Gelandungsprozess sehen.

Unzählige Male haben konservative Agitatoren die Sozialdemokratie beschuldigt, sie wolle durch Überführung des Grund und Bodens in Allgemeinbesitz die Selbständigkeit vernichten und die persönliche Freiheit zu rauben. Wer wollen noch in Erbträgern darüber eintreten, ob das wirklich die Folge der Verstaatlichung des Grund und Bodens sein müsste. Aber wir meinen doch, dass eine Verstaatlichung von Grund und Boden in größerem Umfang als gegenwärtig als Mittel gegen die fortschreitende Kapitalisierung der Grundrente in Erwägung gezogen werden könnte. Herr Damaschke verfasst in Straßburg den Brief eines Anhängers an die Anwaltschaftshalle, er habe ihm billig gegebene Staatsland mit Vorstell verkaufen: wenn er wieder solchen Boden haben könnte, sei er zu einem solchen Geschäft gerne bereit. Diese Kapitalisierung der Grundrente sollte nicht möglich gewesen, wenn der Staat das Land zu niedrige Preise vergeben hätte. Wie die flüchtende ländliche Bevölkerung vom Staat erworben und in langjährigen Nachbauten wieder vergeben, so könnte man darin wohl einen Gelandungsprozess sehen.

Was bleibt von der antisozialdemokratischen Bauernlegende eigentlich noch übrig?

Der neue Krupp-Prozess.

An dem auf den 24. Oktober und folgende Tage auftauchten Krupp-Prozess werden sich, wie schon mitgeteilt, der frühere Vorsteher des Berliner Büros der Firma Krupp, Maximilian Brandt und einer ihrer Direktoren, dem die Leitung der Abteilung für militärisches Kriegsmaterial unterstellt war, Direktor Cecius, zu verantworten haben.

Brandt wird beschuldigt, dass er durch Bewirzung sowie Gewährung von Vorstellern und Weihachten in unzähligen Anlässen die im Militärprozess erster Instanz angeklagten Militärpersonen diese zu ihren Mitteilungen an ihn bestellten habe, die im Interesse der Bundesverteidigung gehalten werden mussten. Dagegen erkennt die Anklage an, dass dies bereits durch das Kriegsgericht entschieden sei. Dagegen ist eine Gefährdung der Sicherheit des Reiches durch Brandt weder beabsichtigt noch beübt worden, indem alle Redaktionen, die Brandt als verschafft und seiner Firma weiter übermittelten, dieser gegenüber mit Rücksicht auf ihre engen Beziehungen zur Militärbefestigung Brandts als Geheimnis nicht in Kontakt kamen, weil die Firma diese Nachrichten auch ohne die Vermittlung Brandts teils längst erlangt hatte, teils auch auf offizielle Weise erhalten können.

Der Direktor Cecius, als dem laufmännischen Vorsteher des gesamten Kriegsmaterialbüros der Firma, wird zur Last gelegt, dass er den Angeklagten Brandt bei den unklaren Handlungen unterstützte habe, indem er die Verantwortung für die Belastung des Brandt in seiner Stellung sowie für dessen Verfolgung trage. Dagegen wird von der Anklage nicht angenommen, dass Cecius von den einzelnen, dem Brandt zur Last gelegten Handlungen Kenntnis gehabt habe, aber überhaupt bestreiten kann, dass Cecius von dem Brandt in seiner Stellung sowie für dessen Verfolgung Kenntnis gehabt habe.

Ronstan, die einzige Partei, die augenscheinlich keinen Kontakt zu Cecius aufzuzeigen scheint, erklärt, dass Cecius eine gewisse Kenntnis von dem Gang der Beziehungen Brandts, die zu einem gewissen

Deutsches Reich.

Liberalismus und Nationalismus.

In Nürnberg wird gegenwärtig die diesjährige Tagung des Verbandes für Internationale Verständigung abgehalten. In einer der vielen Reden, die bei dieser Gelegenheit stiegen, umriss Professor Dr. Rippold die Ziele des Verbandes und erklärte:

Das Verband habe sich niemals mit Utopien und Friedensphantasien beschäftigt; er prangte nichtsdestotrotz die sozialistische Weltansicht. In dieser Hinsicht ist er mit der überzeugenden Weltansicht des deutschen Volkes einig. Das Verband bestreitet auch nicht die

Zeit ihm vorgelegen hätten, erkennen können, daß sie nur durch Belehrung erlangt sein könnten. Cecius selbst bestreitet dies und weist darauf hin, daß gerade besonders geheime und bedeutungsvolle Nachrichten, wie die Anklage selbst zugibt, dem Brandt mitgeteilt worden waren, ohne daß er zu deren Erlangung irgendwelche bedenklichen Mittel angewandt hätte.

Zu seiner Vertheidigung hat Direktor Cecius eine große Reihe von Zeugen benannt, denen gleichfalls die gesuchte Brandts, und zwar in weit erheblicherem Maße als ihm selbst zugänglich waren, und von denen noch keine Beweisführung gleichfalls feiner auf den Gedanken kommen soll, daß Brandt diese Nachrichten durch unschuldige Mittel erworben habe.

Die Ermittlungen haben dahin geführt, daß der Oberstaatsanwalt sieht die Aukterverfolgungserhebung der über Landesgrenzen hinausgehenden Firma in Antrag gebracht hatte. Das Landgericht hat sich dieser Auffassung angeschlossen und darüber hinaus noch gegenüber einem ehemaligen höheren Angestellten der Firma, gegen den dessen Anklagegegenseite ausnahm, daß ihn ein Teil der Verantwortung für die Handlungen Brandts treffe, entzogen dem Prozeß des Überstaatsanwalts die Eröffnung des Hauptverfahrens.

Zum Knittel-Prozeß.

Auffällige Mitteilungen über behördliche Richterbeschlüsse im Knittel-Kammler-Prozeß macht die Merkblätterliche Volkszeitung in einem Artikel der Sonntagsnummer, der wie folgt schließt:

„Zum Schluß noch einige Bemerkungen: Sie können vielleicht etwas nicht in die ganze Masse bringen. Es wird uns nämlich von einer Stelle, die über die einschlägigen Verhältnisse sehr gut informiert ist, mitgeteilt, daß eine sehr hohe richterliche Behörde der Provinz Schlesien über das Knittlers Urteil sehr unzufrieden war und empört gewesen ist. Ferner sei diese Stelle mit der Meinung, daß die Anklagegegenseite ausnahm, daß ihn ein Teil der Verantwortung für die Handlungen Brandts treffe, entzogen dem Prozeß des Überstaatsanwalts die Eröffnung des Hauptverfahrens.“

Die Volkszeitung teilt außerdem mit, daß Revision im gezielten Knittel nicht eingereicht wird.

kleine politische Nachrichten. Am Sonnabend starb im Zentrum des Kreisbezirks Leobschütz, im Alter von 67 Jahren. Der ehemalige verirrte den Wahlkreis Oppeln 9, der zu jenem noch einiger Bestand des Zentrums ist, seit 1887. Bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1912 erhielt Alois von 10.004 gültigen Stimmen 81. Eine politische Korrespondenz meldet, im preußischen Staatsministerium befände seine Reizung, den Landtag im November bereits einzuberufen; die meisten Befürworten hätten sich gegen eine Herbsttagung eingesprochen. Die Einberufung des Landtages erfolgte also wieder am Anfang Januar, trotz des Wunsches des Abgeordnetenhauses. — Zu einer Blutvermehrung aus Nancy hat der Untersuchungsrichter vor die im Frühjahr in Nancy infizierte Deutsche, welche unbekannte Täter Schadensersatzansprüche angestrengt hatten, 24 Zeugen, darunter mehrere Studenten, konfrontiert. Diese Ausstellung habe jedoch keinerlei Ergebnisse gehabt. — Aus Südtirol wird gemeldet: Die Garnison möchte einen ersten Aufzug brotete den Italienern bedeutende Verluste bei. Ein Offizier wurde leicht verwundet.

Ausland.

Frankreich.

„Schwarze Kabinette“ und Lockspiegel.

In einem offenen Schreiben an den Genossen Preßens, den Vorsitzenden der Liga der Menschenrechte, tritt W. Durzewitz der Anklage hervor, daß die russische politische Polizei, entgegen den Versprechungen Clemenceaus im Juli 1910, in Frankreich gebündigt wird und Hand in Hand mit der französischen Polizei ein umfassendes Spionageystem organisiert hat. Es ist festgestellt, daß die jetzigen Nachfolger Hartings, der bekannten Berliner Lockspiegelzellen, „schwarze Kabinette“ in Paris eingerichtet haben, in denen die von Agenten abgefangenen Briefe russischer Flüchtlinge geöffnet und zu Spionagezwecken verwendet werden. Regen Anteil an dieser Spionagezeit nimmt der berüchtigte Wiener Lockspiegel A. Weihmann, der bereits mehrfach wegen gemeinsamer Verbrennen Juchthäuschen verblüht hat.

Waffen.

Der albanische Aufstand niedergeworfen.

Belgrad, 5. Oktober. Nach Mitteilung aus amtlichen Kreisen ist der Aufstand der Albaner auf allen Linien als niedergeworfen betrachtet worden. Die Albaner haben sich nach sehr schweren Verlusten in die Berge zurückgezogen.

Belgrad, 5. Oktober. Wie aus Neapel gemeldet wird, ist es einer wechselseitig von Brigaden operierenden serbischen Armee, die Aufführung der Albaner zu unterdrücken und ihnen die Rückzugslinie gegen die Westen zu verlegen. Hierdurch wurde die Position der Albaner bereits erschüttert, doch sie zur Aufgabe ihres weiteren Widerstandes gezwungen waren.

Montenegro mobilisiert.

Gebirge, 5. Oktober. Das Amtsschiff veröffentlicht eine Proklamation, in welcher der König wegen der Ereignisse an der Ostfront dem Kriegsminister befehlt, je nach den Bedürfnissen die teilweise Mobilisation der Armee anzurufen.

Die türkisch-griechische Vereinigung.

Athen, 5. Oktober. In hiesigen offiziellen Kreisen gibt man der Hoffnung hin, daß der neue osmanische Friedensunterhändler mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet ist, damit er eine Übereinkunft zwischen Griechenland und der Türkei zu Hilfe gebracht werden kann. Die jetzige unsichere Lage könnte jedenfalls einen Zwischenfall hervorrufen, der dann beide Parteien zu Koalitionen zwingen könnte, welche sie gegen ihren Feind ergründen müßten. So hätten vor einigen Tagen die Griechen auf eine Attacke gegen Konstantinopel geplant, und es wäre nur der Hochamt der griechischen Truppen zu danken, daß diese Attacke abwendet wurde. Dann machten die Griechen aufs neue einen Angriff auf die griechischen Posten bei Navalla, mit dem Resultat, daß auf ihrer Seite 500 Männer außer Gefecht gesetzt wurden, während die Griechen einen Verlust von 80 Mann zu beklagen scheinen.

Konstantinopel, 5. Oktober. Die jungtürkischen Offiziere, die augenscheinlich die Stimmung des Heeres widerprägeln, liefern immer entschiedener ein energisches Vorgerede gegen Griechenland. Eines der führenden Organe dieser Partei erklärt, es wäre unverständlich, wenn die Türkei dem kleinen Griechenland Mazedonien und die ägäischen Inseln zum Schaden das etwa 30 Personen ertraten sind.

der türkischen Lebensinteressen überliefe, da das Heer bereit sei, auf Saloniki zu marschieren und die dort lebenden Mohammedaner zu erlösen. Ein Friede sei nicht geschlossen worden, und man brauche daher den Londoner Vertrag nicht zu respektieren. Die Türkei müsse von Griechenland die Rückgabe der Inseln und die Autonomie für Makedonien fordern.

Rußland.

Ein Blöckenprogramm.

Petersburg, 5. Oktober. Die Abgeordneten der Reichsduma sind im höchsten Maße darüber erregt, daß nach Gerüchten, die in den Bondebünden der russischen Reichsduma umgingen, das Marineministerium ein Blöckenprogramm fertiggestellt habe, das mehrere Ministerstellen für die patriotischen Gefühle der Duma bestimmt werden soll. Wenn sich diese Gerüchte bewahrheiteten sollten, so würde die bevorstehende Tagung der Duma sehr lästig werden und zu schweren Konflikten führen, da unter den Abgeordneten eine überwiegend feindliche Gemütslage gegen die Regierung herrscht.

Die Städte gegen die Regierung.

Petersburg, 5. Oktober. An der Schlußsitzung des in Kiew tagenden Kongresses der Vertreter russischer Städte vorlas der französische Reichspräsident Gouraud eine Tagesordnung, worin erläutert wurde, daß die Umgestaltung der rechtlichen Grundlage der finanziellen Einflussnahme der Gemeinden die Grundbedingung einer Weiterentwicklung der Städte sei; die Reformen begrenzen aber ernste Hindernisse in der gegenwärtigen politischen Lage des Landes, im Stillstand der Gesetzgebung, im Herfall der Verwaltung und in den unerfreulichen Beziehungen der Regierung zu den Organen der Selbstverwaltung. Eine weitere Veränderung der Reformen und ein Abweichen von den Grundlagen des Oktobermonats deuten schwere Einschüttungen und unheilvolle Folgen herbeizuführen. Die Verfassung wurde noch vor ihrer Verlesung beendet, erneute Kurzreden beifall.

Aus aller Welt.

Schuleute als Totschläger.

In Königshütte (Oberschlesien) sollte am 25. August der Bergmann Grätz durch den Schlagmann Preiß bestimmt werden. Grätz widerholte sich jedoch daran, daß der Schlagmann Schwert ansetzen möchte und beide stark blutende Verletzungen erhalten. Erst nachdem der Schlagmann Rott seine Kollegen zu Hilfe kam, gelang Grätz zu überwältigen und nach der Polizeiwache zu bringen. Dort ist dann Grätz gleich gestorben. Es gingen schon damals alljährlich Gerüchte um, die dermaßen lebhaft, daß Grätz zwecks natürlichen Todes gestorben sei. Der Polizeibericht bestätigte aber diese Gerüchte und erklärte farsch und dünnig: „Auf der Polizeiwache fiel Grätz um und der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Kaiser konnte nur den Tod feststellen.“ Daß der Bergmann an den Verletzungen, die er sich bei der Rauferie mit dem Schlagmann Preiß zugezogen hatte, gestorben sein könnte, glaubt niemand, es mußte aus der Polizeiwache noch etwas daran gegangen sein, wodurch der Tod veranlaßt wurde. — Die Vermutungen haben sich bestätigt. Grätz ist nämlich, als er sich schon in der Arrestzelle befand, von den Schülern Rott und Wenghäupt überfallen und durch Schläge und Stiche zu Tode mißhandelt worden. Der Polizeibericht vom 4. Oktober meldet nämlich folgendes:

„Die weiteren Erkundigungen in dem Falle Grätz haben den Verdacht begründet, daß Grätz in der Nacht des Grätz bestimmt, daß die im Frühjahr in Nancy infizierte Deutsche, welche unbekannte Täter Schadensersatzansprüche angestrengt hatten, 24 Zeugen, darunter mehrere Studenten, konfrontiert. Diese Ausstellung habe jedoch keinerlei Ergebnisse gehabt. — Aus Südtirol wird gemeldet: Die Garnison möchte einen ersten Aufzug brotete den Italienern bedeutende Verluste bei. Ein Offizier wurde leicht verwundet.“

Die beiden Röhlinge haben nur auch schon ein umfassendes Geständnis abgelegt und zugegeben, daß sie Grätz auf der Wache in roher Weise und ohne Veranlassung mißhandelt haben. Nur zu dem tödlichen Stich will sich keiner betonen. Wenghäupt hatte mit der Verhaftung des Mannes überhaupt nichts zu tun gehabt.

Ein Revolutionsfest.

Diedenhofen, 5. Oktober. In Diedenhofen hat der Leutnant Tiegs den Johanniter Fürster erschlagen. Die Untersuchung hat ergeben, daß es um einen glorreichen Mord handelt. Leutnant Tiegs war in einer Alzippanische vom Wehr Amtsgeschäft freigesprochen worden und hatte aus diesem Anlaß seinem Komrade ein Festmahl geben wollen. Da er sich aber seiner Bekleidung erfreute, hatten die beiden Beamten vorläufig festgenommen und dem Richter zugeführt worden. Sie haben ihr Amt als Polizeibeamte niedergelegt. Zwei weiteren Beamten, die bei den Vorgängen eingeweiht waren, keine Anzeige erstattet und wahrscheinlich keinen gemacht haben, ist die Stellung als Polizeibeamten gekündigt worden.

Die beiden Röhlinge haben nur auch schon ein umfassendes Geständnis abgelegt und zugegeben, daß sie Grätz auf der Wache in roher Weise und ohne Veranlassung mißhandelt haben. Nur zu dem tödlichen Stich will sich keiner betonen. Wenghäupt hatte mit der Verhaftung des Mannes überhaupt nichts zu tun gehabt.

Zum Tode verurteilt.

Quedlinburg, 5. Oktober. Das hiesige Schwertergericht verurteilte den Arbeiter Karl Spohn von Märgelben, der in Stolzenhain ein Mädchen ermordet hatte, weil es seinen Liebesverbindungen kein Gehör geschenkt hatte, zum Tode.

Das Unwetter in Spanien.

Madrid, 5. Oktober. Aus Barcelona wird gemeldet, daß infolge der Verheerungen, die das Hochwasser überall angerichtet hat, über 2000 Personen obdachlos sind. Die Regierung hat einen außerordentlichen Kredit gefordert, um den Obdachlosen Hilfe zu bringen.

Acht Tage lebend im Schacht.

Reinosa, 5. Oktober. Der Kohlengräber Thomas Toschewsky wurde gestern morgen nach achtjähriger Gefangenschaft in der Kontinentalkohlenzeche in der Nähe von Centralia (Koensbolanden) ledig und gutagebracht. Dem Berichterstatten waren durch ein Bohrloch Speisen und Getränke zugeschüttet worden.

Schwere Schiffskatastrophen.

Rio de Janeiro, 5. Oktober. Der Dampfer Vorboema des Brasiliensischen Klubs hat gestern nachmittag den Schleppdampfer Guaraní, bei dem dieses Schiff in den Grund gehobt wurde, erfolgte am 3. Oktober morgens 3 Uhr bei dichtem Nebel und stürmischem See. Die amtliche Tafel listete weit 32 Tote auf, darunter einen Offizier und sieben

Offiziere. Der Schauflag der Katastrophe liegt etwa 70 Kilometer südwestlich der Stadt von Rio de Janeiro, zwischen der kleinen, felsigen Insel Grande und dem Südlichen Angro, das an den Hügeln bei Vargemonte der Sierra do Mar liegt.

London, 5. Oktober. Auf der Höhe von Plymouth liegen gestern der Londoner Dampfer Coromond und der Dampfer Gardena zusammen. Es herrte dichter Nebel und zwischen den beiden, felsigen Inseln Grande und dem Südlichen Angro, das an den Hügeln bei Vargemonte der Sierra do Mar liegt.

London, 5. Oktober. Auf der Höhe von Plymouth liegen gestern der Londoner Dampfer Coromond und der Dampfer Gardena zusammen. Es herrte dichter Nebel und zwischen den beiden, felsigen Inseln Grande und dem Südlichen Angro, das an den Hügeln bei Vargemonte der Sierra do Mar liegt.

Chester, 5. Oktober. Der Dampfer King Edward ist nachts zwischen Almond und Molde im Nebel auf Grund geraten. Man hofft ihn abschleppen zu können. Passagiere und Post sind in Sicherheit.

Das Unwetter in Südtirol.

Paris, 5. Oktober. Das Unwetter in Südtirol hat ganz besonders schwer die Städte Tolmein und Klausen belästigt. Tolmein bietet ein trauriges Bild der Verwüstung dar. Viele Häuser sowie mächtige Oliven- und Zedernbäume wurden durch die angeschwollenen Gewässer fortgerissen und Hunderte von Metern fortgeweht. In einigen Dörfern des Departements Gard sind viele Familien obdachlos geworden. Seit 50 Jahren haben die Bewohner keine solche Überschwemmung erlebt, wie die jetzige.

Erdbrocken in Südtirol.

Rom, 4. Oktober. Wie aus Neapel und Foggia liegen Nachrichten über Erdfälle. Über den angekündigten Schaden wird nichts berichtet.

Letzte lokale Nachrichten.

Geschnitten wurden hier am 4. Oktober früh zwei weite Strecken Brücke. Als Werk kommt ein Veräußerer und Stahl aus Bozen, ein Name Hans Schubert in Frage. Schubert ist seit dem 4. Oktober lästig. Beide Brücken enthalten weiße Steine mit 1½ Meter. Der eine hat kleinen Fehler, der andere ist rein mit gebildetem Stein. Schuberts Bild befindet sich auf der Polizeidirektion.

Weiterbericht von der Wetterstube an der Friedrich-August-Brücke

vom 6. Oktober, mittags 12 Uhr.

Barometer 747. Regen und Wind.

Thermometer +12° R.

Thermometeraneraph: Min. +9°, Maxim. +18°.

Hygrometer 72%.

Wasserstand der Elbe — 147 Centimeter.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte

für den 7. Oktober.

Ostliche Winde; mehrlinige Bewölkung; Temperatur wenig geändert; kein erheblicher Niederschlag.

Wetterlage: Ein Tief, dessen Zentrum etwa über Augsburg liegt, hat auf unsere Witterung gegenwärtig ungünstigen Einfluß, wird aber wohl bald seine Bedeutung verloren haben. Auch im Südwesten und Nordosten liegen Tiefs. Das nördliche Tief wird vorwiegend morgen ostwärts fortgeschritten sein, so daß wir von östlichen Winden getroffen werden, deren Ursprung aber das Meer sein wird. Somit sind Niederschlag und Bewölkung keineswegs ausgeschlossen.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Budweis — 12, Parciburg — 62, Brandis — 21, Meinitz + 36, Pirna — 20, Zwickau + 6, Dresden — 187.

Letzte Telegramme.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Berlin, 6. Oktober. In zwei Bauarbeiterversammlungen, die gestern in Berlin stattfanden, wurde konstatiert, daß in diesem Jahre allein 2000 organisierte Bauarbeiter im Durchschnitt arbeitslos waren. Unorganisierte Bauarbeiter dienten ebensoviel arbeitslos gewesen sein. Es wurde in einer Resolution die Annahme von Bauarbeiten verlangt, deren Herstellung zurzeit möglich ist, eventuell Unterstützung der Arbeitslosen, denen Berufsschule nicht nachgewiesen werden kann. Tief zahlreich aufgebotene Polizei vertrieb die Versammlungen durchaus friedlich.

Zum Albanienaufstand.

Belgrad, 6. Oktober. Die Stadt Podgorica am Schiebensee ist wieder im Besitz der Serben. Damit ist der ganze Monasterkreis von den Aufständischen gefüllt. Gedenkt wurden die Höhen von Derwaz bei Prizren von den Serben genommen.

Wieder ein deutsch-iranzösischer „Zwischenfall“.

Paris, 6. Oktober. Nach einer Blütermeldung aus Nancy entstand in einem Schnellzug auf dem Bahnhof von Longuyon wegen des Platzen eines Gartens zwischen einem Beamten des Finanzministeriums namens Verge und einem deutschen Reisenden. Verge stieß den Deutschen von dem angeblich ihm angewiesenen Platz, worauf der Deutsche ihm einen Faustschlag ins Gesicht versetzte. Die Zeugen des Vorfalls mißhandelten hierauf den Deutschen, der erklärte, daß er beim Deutschen kompliziert und der Polizei lange erledigt werde.

Schwere Unfallsfälle.

Bremen, 6. Oktober. Auf dem Bahnhof Münsterhausen wurden drei Rottenarbeiter von einem D-Jug erfaßt und getötet. Hier ist ein Dienstmädchen aus einem Personenzug. Dem Mädchen wurde der Kopf vom Humpf getrennt.

Die steileste Kirche.

Paris, 6. Oktober. Im Pleurtuit wurde der Pfarrer infolge eines Zwistes mit dem Gemeinderat aus dem Pfarrhaus ausgewiesen, worauf der Bischof von Meaux verfügte, daß der Gotischen Dienst in dieser Kirche eingestellt werde.

Schweres Automobilungl

Sächsische Angelegenheiten.

Die Erstwahl im 4. Kreise.

Die Wahlvorbereitungen bei den drei in den Wahlkampf eingetretenen Parteien sind erledigt, die Bewegung, die wie bei jeder Nachwahl anfänglich schleppend einsetzte, ist in Fluss gekommen. Die letzten Tage bringen Aufregung, Spannung, Begeisterung. Noch wenige Tage und die Entscheidung fällt, die wohl keiner Partei eine Überraschung bringt wird, denn niemand, der die Struktur des 4. Wahlkreises und den gut funktionierenden Apparat der sozialdemokratischen Organisation kennt, glaubt an die Möglichkeit, daß der 4. sächsische Wahlkreis jemals wieder der Sozialdemokratie entrichten werden kann. Eine Jahrzehntelange intensive, planmäßige Arbeit hat uns in allen Gegenden des 104 Ortschaften und 4 Städte zählenden Wahlkreises festen Fuß lassen lassen, bis in die entlegendsten, rein landwirtschaftlichen Distrikte ist unsere Organisation gedrungen.

Das Wahlkomitee der „rechtsstehenden Parteien“, die sich nach einem Kandidaten in „Ostbelgien“ umschauen müssen in Dresden oder im Kreise selbst hat niemand Lust gehabt, seinen Namen für die konservativ-antisemitisch-reaktionäre-liberale Wahlverbrüderung herzugeben, überwucherte den Kreis, getreu der früheren Tradition der „Rechtsstehenden“, mit selbstfabrizierten und aus der Druckerei den berühmten Reichsverbandes in Berlin begogenen Flugblättern. Alle im Kreise selbst erscheinenden Zeitungen ohne Ausnahme haben sich in den Dienst der allein nationalen vaterländischen Kandidatur Dr. Hartmann gestellt.

Alle Tage wurde was Neues probiert. Annoncen, durch welche den gutgläubigen Lefern die Verberthettheit der Sozialdemokratie zum soundso vielen Male schwärz auf weiß nachgewiesen werden sollte. Erklärungen im redaktionellen Teil über „die überzeugende, hinreichende, vornehme“ Vortragssort des „Kleinbauern“ Dr. Hartmann, der sich die Herzen seiner Hörer und der vielen hundert Stühle, auf denen in den zahlreichen Versammlungen Dr. Hartmann niemand sagt, im Fluge erobert hat. Dann wieder zur Abwechslung als Extrablatt ein funkelndes Flugblatt, dessen Inhalt bereits bei früheren Wahlen in etwas anderer Form verzaubert wurde. Zur Abwechslung Empfehlungen der vom Kandidaten verfaßten Schriften: „Kasse gegen Kasse“, „Krieg oder Frieden mit England“, „Die politischen Grundlagen der konservativen Weltanschauung“. Was in den zahlreichen Versammlungen nicht erfolgt wird, wird törichter durch die Lokalpresse für die Kandidatur Hartmann gewonnen — bilden sich die Herren vom rechtsstehenden Wahlkomitee ein.

Auch die Liberalen werden eifrig, das Phantom einer Stichwahl hat sie hypnotisiert. Der ganze fortwährende Generalstab führt die Kreisfinsmannen zum Sturm gegen die rote Feste. Dr. Raumann, Wiemer, Kopsch, Gottheim, Pottkoff und die liberalen Sachsen Koch, Prodaus, Budor, Beck machen Jagd auf kleinen Bauerndörfern in liberaler Begeisterung und summen am Schlus immer den Refrain: „Und find' mein Herz kein Gegenleid, so wird's begeistert alt.“ Heute am Sonntag können sich auch die Fortschrittkräfte nicht beschlagen, nur die Versammlungen mit Dr. Raumann als Referenten waren reichlich besucht, auch von unseren Parteigenossen, die aber sonst zum großen Leidwesen unserer Gegner deren Versammlungen nicht füllten.

Die „rechtsstehenden“ laden überhaupt nur „königstreue Männer“ ein.

Die von uns in allen Bezirken des weit ausgedehnten Wahlkreises arrangierten Versammlungen erfreuen sich eines guten, teilweise starken Besuchs, nur an den Sonnabtgangsmittagen ließ der Besuch zu wünschen übrig. Die Wähler sind an diesen Tagen mit der Kartoffelernte und der Feldbestellung beschäftigt, selbst in Radeburg waren Hunderte von Wählern am Sonntag auf ihren kleinen Feldern oder Pachtäckern eifrig dabei, bei dem prächtigen Herbstwetter die Kartoffeln einzurnten. Das Austragen unserer Flugblätter und Handgeltel geht stotter von statthaften Situationsberichten, Informationen, Mitteilungen geben beim Wahlkomitee ein, alle unsere Parteigenossen sehen ihren Erfolg darin, die Spannung zwischen unsrer zu erwartenden Stimmengabe und der Gegner zu erweitern. Fast alle rednerisch befähigten Genossen wirken neben unserem Kandidaten, der allein in 34 Versammlungen gesprochen hat oder noch spricht, mit, um neben der Verbreitung der aktuellen politischen Tagesfragen auch bei dieser Gelegenheit unsere programmatischen Vorberührungen zu erläutern. Am Anfang der Wahlkampagne ist der freisinnige Kandidat unserm Kandidaten Bud und Genossen Grabmayer in einigen Versammlungen entgegengestellt, sonst ist ein Bekämpfen mit „geistigen Waffen“ in unseren Versammlungen durch Gegner nicht zu konstatieren gewesen. Die durch das Wahlkomitee der rechtsstehenden Parteien vereinigten Reaktionäre isolieren sich vollständig, sie erkennen ihre Bedeutungslosigkeit im 4. Wahlkreise an, die Kreisfinsmannen scharen ihre Männer in selbst einberufenen Versammlungen um ihre Redner, Rechtsanwalt Küppel schlägt Montag den 6. Oktober den Rekord mit fünf Redneren, in jeder der fünf Versammlungen wird er dasreden wie der Prediger in der Wüste.

Eine Begeisterung wie bei den allgemeinen Wahlen, ein sogenanntes Wahlfeuer, ist bei der Erstwahl nicht vorhanden; dazu fehlt auch die Tagung des Reichstages, der Landtag, der politische Resonanzboden, die Blutwelle, die bei den allgemeinen Wahlen das ganze Volk mit fortreibt. Daher muß durch Pflichtbewußtsein bei allen unseren Parteigenossen im 4. Wahlkreise selbst und in den benachbarten Wahlkreisen gesorgt werden, daß nicht die bestehende Meinung, unter Kandidat Bud wird sicher gewählt, bei einer Anzahl Wähler gar lärmend auf die Ausübung des Wahlrechtes wirkt. Keiner der Männer, die bis zum 10. Oktober das 25. Lebensjahr vollenden, darf am 10. Oktober auf sein Wahlrecht verzichten. Am 12. Januar 1912 sind im 4. Wahlkreis 7073 Wähler der Urne fern geblieben. Wer nicht wählt, hat kein Recht, kritik an unseren politischen und sozialen Zuständen zu üben, darf sich über nichts beschweren, denn durch den Verzicht auf sein höchstes Staatsbürgerecht begibt er sich dieses Rechtes.

Also alle Wähler des 4. Kreises an die Urne! Die Saumeligen aufgemuntert, auf ihre Pflicht zu verzichten. Bis um 7 Uhr muß die Wahl beendet sein. Wer bis 7 Uhr seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat, verliert sein Wahlrecht. Gleich rechtzeitig zur Wahl. Wer am 1. Oktober verzogen ist, wählt in dem Bezirk, in dem er am 9. September in die Wählerliste eingetragen war. Rügt die wenigen Stunden! Jeder werde ein Agitator für seine Partei, für die Sozialdemokratie, dann wird der 10. Oktober 1913 sich würdig eintreiben in die

Freuden- und Ehrentage der werktäglichen Bevölkerung des 4. Wahlkreises.

Die Leuerung in Sachsen.

Neben dieses zeitgenössische Kapitel teilt die Wirtschaftliche Korrespondenz Colwer folgendes mit: In einem so industriireichen Landesteil wie Sachsen stehen schon in Zeiten normaler Preisverhältnisse die Kosten der Lebenshaltung auf einem sehr hohen Niveau. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn sich die Belastung des Konsums durch die rapide Versteuerung der wichtigsten Nahrungs- und Gemüsemittel gerade hier am stärksten bemerkbar macht. Die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelauswands einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kindern, stellten sich im Königreich Sachsen in den Jahren 1895 bis 1905 und im Monat August der Jahre 1911 und 1912 durchschnittlich auf Markt:

1906	1900	1905	1911	1912	
Index	19,94	21,03	21,79	23,99	26,02

In den wichtigeren Städten liegen die wöchentlichen Kosten der Ernährung für eine vierköpfige Familie in Markt:

	1896	1900	1905	1911	1912
Chemnitz . .	21,82	20,94	21,06	24,08	27,63
Königlich Sächs. Annaberg . .	18,90	20,46	20,62	25,38	26,58
Dresden . .	20,13	21,15	21,81	24,01	26,53
Freiberg . .	18,87	19,77	21,00	23,88	26,04
Leipzig . .	19,83	21,09	21,00	23,82	26,05
Weissen . .	18,68	19,74	21,01	24,78	26,49
Blasewitz i. B. .	19,32	21,06	22,80	23,64	26,71
Gitterau . .	19,23	20,19	21,00	24,72	26,16
Wilsdruff . .	20,28	20,55	21,03	25,50	25,41

Rückblick Chemnitz weist im August 1912 Reichenbach i. B. mit 27,42 R. die höchste Indexziffer auf.

So weit die genannte Korrespondenz. Aus ihren Angaben ergibt sich, daß seit 1896 die Lebensmittelpreise erheblich gesunken sind. Aber die Zahlen lassen die Leuerung noch nicht zur Geltung kommen. Offenbar sind die Angaben nur nach dem Verbrauch in einer ausziel Arbeitsfamilien ermittelt worden. Dabei konnte aber nicht berücksichtigt werden, welche Beschränkungen sich die Arbeiter in den leiseren Zeiten haben auferlegen, insoweit sie, weil der Lohn nicht weiter reichte, den Konsum an Kosten der Ernährung und der Gesundheit haben einschränken müssen.

Eine Illustration zu diesen Rechnungen liefert eine Mitteilung über den Rückgang des Fleischkonsums in Leipzig. Seit dem 1. Januar sind hier 1240 Kinder, 2109 Mütter und 12702 Schweine weniger geschlachtet worden als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Nur bei den Hammelschlachtungen ist eine Zunahme zu verzeichnen, und zwar um 1010. Der Minderverbrauch an Fleisch in diesem Jahre wird auf 172000 Kilogramm berechnet. Und das im Selbstjahr 1913, das einen gewaltigen Fleinstrom nach Leipzig heringebracht hat und noch hereinströmt. Fleischerschreidende Ziffern des Rückgangs im Fleischverbrauch würden erst, so bemerkt die Leipziger Volkszeitung dazu, auftreten, wenn der Bremernde verschafft nicht diesen Umfang an-

genommen hätte.

Mit dem Jenaer Parteitag

beschäftigte sich auch eine Parteiversammlung für den 12. und 13. Reichstagswahlkreis (Leipzig), die bereits vor einer Woche stattfand, nach einer Verschiebung aber erst am Freitag abend zu Ende geführt werden konnte. In der ersten Versammlung hatten die Leipziger Genossen nur den Bericht des Delegierten, Genossen Müller, entgegen genommen. Er muß sehr ausführlich gewesen sein, denn es kam wegen vorgeführtem Zeit eine Diskussion nicht mehr auf. Der Berichtsherr vertrat in der Frage des Waffenstreits und der Steuerfrage den Standpunkt der Widerstand, sein Gegenstück sollte jedoch in den Worten zusammenfassen: „Wir haben alle Freunde, die Bedeutung des Parteitages nicht zu überdrücken, wenn wir auch keinen Palast haben, mit ihm besonders unzufrieden treten.“

In der zweiten Versammlung tritt zunächst Genosse Hölszel für eine schärfere Propagierung des Waffenstreits ein und wendet sich gegen die Gewerkschaften, die zu ihrem Verlust verflucht. Die Fraktion sei dadurch mehr nach rechts gerückt worden, daß immer mehr Gewerkschaftler eingezogen seien. Im übrigen tritt er für die Lokalisten ein, denen man noch keine Gelegenheit gegeben habe, sich auf den Parteitagen zu versetzen. Den Bericht, für die Lokalisten eine Länge zu brechen, wie Genosse Werner gärt, der im übrigen unter polemischen Bewertungen gegen einige Kartellblätter besonders in der Steuerfrage hervor auf dem Parteitag schon eingehend bestreit, kommt nochmal darlegt und auch in der Waffenstreitfrage der Widerstand bestreitet. Besonders betont er, daß völlig zu Unrecht verachtet werden sei, ihn auf dem Parteitag als Versplitteter der Partei hinzutreten.

Genosse Wohl bemerkt zu der Diskussion über die Steuerfrage, daß dabei der Gegensatz von Rechts und Links nicht mehr so scharf wie früher aufgetreten sei. Es sei kein Fehler gewesen, der Waffenstreit zu vertreten in der Frage des Waffenstreits und der Steuerfrage den Standpunkt der Widerstand, sein Gegenstück sollte jedoch in den Worten zusammenfassen: „Wir haben alle Freunde, die Bedeutung des Parteitages nicht zu überdrücken, wenn wir auch keinen Palast haben, mit ihm besonders unzufrieden treten.“

In der zweiten Versammlung tritt zunächst Genosse Hölszel für eine schärfere Propagierung des Waffenstreits ein und wendet sich gegen die Gewerkschaften, die zu ihrem Verlust verflucht. Die Fraktion sei dadurch mehr nach rechts gerückt worden, daß immer mehr Gewerkschaftler eingezogen seien. Im übrigen tritt er für die Lokalisten ein, denen man noch keine Gelegenheit gegeben habe, sich auf den Parteitagen zu versetzen. Den Bericht, für die Lokalisten eine Länge zu brechen, wie Genosse Werner gärt, der im übrigen unter polemischen Bewertungen gegen einige Kartellblätter besonders in der Steuerfrage hervor auf dem Parteitag schon eingehend bestreit, kommt nochmal darlegt und auch in der Waffenstreitfrage der Widerstand bestreitet. Besonders betont er, daß völlig zu Unrecht verachtet werden sei, ihn auf dem Parteitag als Versplitteter der Partei hinzutreten.

Genosse Hölszel bemerkt, daß der Gegensatz von Rechts und Links nicht mehr so scharf wie früher aufgetreten sei. Es sei kein Fehler gewesen, der Waffenstreit zu vertreten in der Frage des Waffenstreits und der Steuerfrage den Standpunkt der Widerstand, sein Gegenstück sollte jedoch in den Worten zusammenfassen: „Wir haben alle Freunde, die Bedeutung des Parteitages nicht zu überdrücken, wenn wir auch keinen Palast haben, mit ihm besonders unzufrieden treten.“

Unter diesem Titel hat Genosse Hans Wölz, Redakteur der Leipziger Volkszeitung, eine 112 Seiten starke Schrift herausgegeben, die im Verlage der Leipziger Pariserdruckerei erschienen ist. Die Broschüre zerfällt in folgende Abschnitte: Von Hubertusburger Frieden bis zu dem Kriegsjahr 1906. — Von Jena bis Pojaz und Warschau. — Rheinbundzeit und Kontinentalkriege. — In Witten der Entscheidung. — Im Jahre Napoleon. — Die Witterung. — Ausgang. — Die Schrift gibt ein reichhaltiges Material, das unsere Ge-

genzeit in den Tagen der Jahrhundertfeier der Witterungslage ihrer Organe feiert, gut bewaffnet entgegenzutreten. Besonders Interesse darf die Schilderung über die wirtschaftliche Lage Sachsen in der Revolutions- und napoleonischen Zeit be- anstreben, sowie ihre Darstellung des Einflusses, den die Kontinentalkriege auf die Entwicklung der Wirtschaft Sachsen ausgeübt hat.

Ein „unnatürliches“ Nebelsverhältnis?

Bu der Frage, ob Eltern bei ihren Kindern in einem verhältnismäßiglichen Verhältnis stehen können, hatte jetzt das Landesversicherungsamt in Dresden Stellung zu nehmen. Die Witwe Höder in Döbeln hatte im Mai 1912 um die Gewährung der Invalidenrente nachgefragt. Sie ist 60 Jahre alt, Frau Höder nach Angabe der Tochter hat die Witwe seitdem regelmäßig Verhältnisse als Arbeitnehmerin und Auswärtsreisen ihres Lebensunterhalts verdient, seit 1897 wurde sie von ihrer Tochter, die eine größere Tannenbaumschreinerei betreibt, mit leichter Löhnsarbeit beauftragt. Sie erhält täglich 40 Pf. Lohn, außerdem freie Kost und Wohnung. Zur Invalidenversicherung wurde sie 1904 angemeldet, die Witwe hat seitdem regelmäßige Verdienste erzielt, doch Angabe der Tochter hat die Witwe arbeitsfähig erachtet, wurde an deren Stelle ein Räubermeister annehmen müssen. Das Versicherungsamt der Stadt Döbeln erkannte das Vorliegen einer verhältnismäßiglichen Beschäftigung an und sprach sich für die Gewährung der Rente aus. Die Landesversicherungsanstalt war jedoch gegenwärtiger Meinung, insbesondere deshalb, weil Beziehungen nicht da waren. Es kommt, so wurde behauptet, nur ein familiärer Gemeinschaftsleben in Frage und infolgedessen erging ein Ablehnungsbescheid. Die Versicherung der Witwe wurde vom Oberversicherungsamt und Tochter bestanden und es widerstrebte aus den natürlichen Verhältnissen und fiktiven Anschauungen, daß die Mutter die Arbeitnehmerin ihrer Tochter ist. Das Landesversicherungsamt hat in Bezug auf das dagegen eingemeldeten Refus das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache zu einer weiteren Entscheidung an das Oberversicherungsamt gerückt. Die Frage, ob Eltern bei ihren Kindern in einem abhängigen Verhältnis stehen, ist sehr zweideutig und kann nur von Fall zu Fall unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse entschieden werden. In vorliegenden Falle habe das Gericht geprakt, daß ein solches Verhältnis vorgelegen hat, daß also nicht bloß familiärer Unterhalt ordnungsgemäß gegeben hat, sondern eine wirtschaftliche Unterhaltung vorgelegen habe, somit eine wirtschaftliche Unterhaltung der Mutter unter den Betrieb ihrer Tochter stattgefunden hat. Die Zurückweisung der Sache an die Vorstufe erfolgte, weil die Invalidität noch nicht genügend festgestellt erscheine. Werde diese einwandfrei bejaht, sei der Klägerin die Rente zu gewähren.

Leipzig. Der Verbandsstag der Deutschen Mietervereine wählte Dresden als Vorort, den Vorsitzenden des Dresden Mietervereins, Herrn Hermann, als ersten Vorsitzenden und Rechtsanwalt Große, Dresden, als zweiten.

Hohenstein-Ernstthal. Wegen Unterschlagung amtlicher Gelder in Höhe von gegen 1000 R. wurde in Überleitungswir der dortige Polizeivorsteher Mag. Scheibner verhaftet und ins Hohensteiner Amtsgericht eingeliefert. Scheibner war eine Ordnungssäule ersten Grades.

Freiberg. Gegen den bisherigen Annahmen steht die Offenhaltung einer Grube der hiesigen staatlichen Bergwerke zu Lehrbergwerke für die Bergakademie doch in Aussicht. Sicherer Vernehmen nach wird das Finanzministerium einen Antrag auf Beibehaltung einer Grube beim Landtag einbringen.

Kreiberg. Zu einer nachahmenswerten Einrichtung hat sich die Errichtung des hiesigen Schulmuseums aufgestellt, das aus dem städtischen Hause der vorjährigen Ergebigs-Ausstellung hier geschaffen worden ist. Es bildet mit seinen wertvollen Fundstücken aus der Tier- und Pflanzenwelt, aus Industrie, Gewerbe und Wissenschaft ein Lehrmittel von höchstem Werthe für alle hiesigen Lehranstalten.

Meine Nachrichten auf dem Lande. Schwer verunglimpt ist zwischen Glashaus und Westen der Plantagenbesitzer Bruno Deutsch aus Höckendorf. Er ist wahrscheinlich mit dem Abbruch eines Hauses angefahren, wodurch er eine Gehirnerschütterung und eine Verlegung der Hirndrüse erlitten. Er wurde ins Meissen Krankenhaus gebracht. — Ein schwerer Unfall trug sich in Langenberg bei Hohenstein-Ernstthal zu. Der 60 Jahre alte Bauarbeiter Gustav Biegelmüller wollte mit einem Arbeitskollegen einen geladenen Schuhwagen ein Stück die abhängige Straße entlang fahren. Er stolperte über die Holzschuhe, fiel und wurde überfahren. Ihm wurde der rechte Unterarm zerstört, nachdem er verlegt wurde, er verlor fast das Leben. Der Gedemuth wurde sofort ins Bautzener Krankenhaus gebracht werden.

Vom dem Auto Nr. 225 der Betriebsgruppe des Eisenacher Eisenbahngesellschaften befand sich Sonnabend unterhalb Rietz des Eisenacher Eisenbahngesellschaften über Bord gefallen und ertrunken. Der Verunglimpt ist verhältest und Todes von fünf Kindern. — Am Mittwoch nachmittag fiel beim Spielen der achtjährige Schulknabe ein Hügel in Frankenbergs im Mühlgraben. Der ebenfalls noch schwülfliegende Walter Schenkel stieg dem Verunglimpt nach und konnte ihn noch retten. Er wurde selbst ein Opfer seines Nutzes geworden, wenn ihm sein kleiner Bruder nicht mit einer Stange zu Hilfe gekommen wäre. — Der Bautzener Brill in Freiberg, der am Sonnabend mit seinem Juwel die neue Herzog-Karl-Straße herunterfuhr, prallte mit aller Wucht an ein Auto und stieß den Verunglimpten liegen. Der Brillenbesitzer brachte den Verunglimpten unter Beifall eines Soldaten ins städtische Krankenhaus. Dort konnte nur der infolge einer schweren Schädelverletzung bereits eingetretene Tod festgestellt werden. — Am Sonnabend nachmittag liefen im Görlitz spielende Kinder über die Straße, wobei der jüdische Jude Ruth unter ein Auto geriet und schwer verletzt wurde.

Stadt-Chronik.

Das Abzählgungsgeschäft.

Montag den 6. Oktober 1913

Dresdner Volkszeitung

Schlacht ihre
Besonderes
statische Lage
in Zeit be-
s., den die
Sachsen

in Arbeit-
und des ver-
Die Wonne-
säzung der
die alte Frau
Augen ist die
als gezeigt,
früher mit
zweckmäßige
die eine
arbeiten, be-
redem freie
se. Im 1914
e entrichtet,
beizumäßig
siften. Das
n einer ver-
Gewährung
gegentümiger
zusammen-
Überzeugungs-
berungsraum
den Winter
n wirkt
gen, daß
Das geworden
te Sache zur
zu beweisen.
eigenen Rech-
nungen nur
alter ein-
den. Im
der Arbeit-
eine rechtliche
Unter-
gegeben
folge, weil
Berde die
Vereine
Dresden
enden und
amtlicher
erlungsmög-
keit und
wurde eine
steht die
kauflichen
e doch in
ministerium
Landtag

stung bei
s auf-
igen En-
sibel mit
Blanzen-
ehrmittel

glädt in
er Bruno
em Rabe
hütterung
Werner
ig ist in
alle Bau-
sloßgeg-
e Stanz
nd wurde
mt, aus
dauernd
merben
schaftlich,
eigentlich
et Wohl-
angländische
Weltwoch-
Schul-
der eben-
möglich-
a Mass-
tage zu
e g. der
e-Stadt
elich de-
ngländi-
e. Vor-
eis ein-
reichen
leben.
f. Jahr
de.

erfüllung
er-
hunden
stimm-
schaftlich
deut-
Wohlfahrt
Gebarf
mit mit
Aufzun-
einem
Preis-
schaft:

	Einkaufs-	Verkaufs-	Gewinn
	preis	preis	
1 Gleibergerkant	27-32 M.	55-65 M.	100 Proz.
1 August	20 .	50 .	150 .
1 Paar Wandbilder	5-6 .	12-18 .	150-200 .

So ist auch die Kalkulation bei allen anderen Waren. Selbst arbeitet ein Abzahlungsbüro. Der irgendeinem Artikel ist weniger als 100 Prozent Bruttogewinn. Die wenigen räumlichen Ausnahmen auf dem Gebiete der Abzahlungsgeschäfte können von diesen Ausnahmen nicht getroffen werden, da sich solche Gewinne von selbst genommen. In der Regel werden Möbel und ähnliche Waren mit 100 Prozent Bruttogewinn kalkuliert. Das erklärt sich daraus, daß der Möbelverkauf als sicher gelten kann, als Beispielweise der Konfektionsverkauf, bei dem bis mit 150 Prozent Gewinn kalkuliert wird. Es gibt Artikel, die noch höher kalkuliert werden, wie Bilder, Uhren usw., also Artikel, bei denen der Käufer das Gefüllte noch weniger zu bewerten versteht, als die oben erwähnten Waren. Der Möbelverkauf ist aber sicherer, da der Käufer nicht in seiner Wirtschaft unbedingt haben muß. Doch lassen sich Möbel sicherer veräußern oder hinwegschaffen. Sie verlieren auch nicht so schnell an Wert, so daß der Verkäufer, der doch immer ein Eigentumsrecht auf die Sachen behält, auf alle Fälle bedient ist.

Auch wird man einwenden, daß doch die Abzahlungsgeschäfte mit großen Verlusten rechnen müssen. Das hat keine Richtigkeit, wird jedoch stark übertrieben. Ein gut geleitetes Abzahlungsgeschäft hat höchstens einen Verlust von 10 Prozent des Umlages aufzuweisen. Das würde nun diese Verluststätte bei einem Bruttogewinn von 100 bis 150 Prozent bedeuten! Die Abzahlungsgeschäfte können wie wenig andere Unternehmen ihre Waren abholen und ihren Geschäftskreis ausdehnen, da der hohe Gewinn die hohen Verluste ertragen läßt, oder besser gesagt, weil hier der reelle Nutzen im großen Nutzen liegt.

Dem Preiswucher der Abzahlungsgeschäfte müßte auf gesetzgebendem Wege entgegengesetzt werden. Man sage nicht, daß durch eine solche Maßnahme der Kauf auf Zeitzahlung dem armen Mannen erspart wird. Der halbwüchsige reelle Käufer wird immer Kredit finden und nicht nur in den Abzahlungsgeschäften. Unsere Kaufleute kommen endlich zu Verstand, es gibt heute schon Geschäfte, die zu fiktiven Preisen auf Zeitzahlung verkaufen, oft sogar ohne Eigentumsvorbehalt, und dabei ganz vorzüglich verdienen. Bei einer Verbilligung der Preise wäre das Abzahlungsgeschäft zwar gezwungen, vorläufiger zu verkaufen und am Preislohn zu sparen, gleichzeitig aber auch die Qualität der Waren zu erhöhen und in der Werbung der Kunden klarer zu sein.

Man könnte sagen, daß die Krebsgewährung die Preise verteuert, doch ist auch dies nur zum kleinen Teile richtig. Selbst wenn der Durchschnittskunde sein Konto erst in einer Zeit von zwei Jahren beginnt, darf man nicht vergessen, daß die Abzahlungsgeschäfte doch auch nicht nur in seltenen Fällen ihre Waren im barem Gelde bezahlen. Tatsache ist, daß die Abzahlungsgeschäfte von ihren Lieferanten eine möglichst lange Zahlungsfrist verlangen und erhalten. Bei Möbeln z.B. ein Ziel von 8 und 6 Monaten, bei anderen Artikeln ist ein Ziel von 9 oder sogar 12 Monaten seine Seltenheit. Hieraus ist eine Sündberechnung von 5 Prozent, womöglich noch zu hoch geschafft. Natürlich müssen Geschäfte, die eine beträchtliche Zahlungsfrist verlangen, auch ihre Waren entsprechend teurer beziehen. Doch daraus kommt es, daß die meisten Geschäften nicht an Abzahlungen trudeln mit einem Brutto-Gewinn von 100 bis 150 Prozent. Dass es mit der Qualität der Waren nicht aufs Beste bestellt ist, ist genügend bekannt. Es ist auch eindeutisch, daß bei den hohen Preisen der Kunde mehr das billige kauft.

Auch wird sehr viel von den sonstigen hohen Spesen der Abzahlungsgeschäfte gesprochen. Wir wollen es gelten lassen. Vorausgesetzt sei jedoch, daß die hohen Spesen vermieden werden können. Bei einer Verbilligung der Preise würde diese Wirkung eintreten. Der Reisende eines A.D.C.-Geschäfts erhält für die von ihm verkaufen Waren eine Provision von 5-10 Prozent. Beim anderen Artikel noch mehr. Doch werden letztere noch höher als mit 100 Prozent Bruttogewinn kalkuliert. Ferner ist mit einer Aufzugsprovision von 10 Prozent zu rechnen. Man darf jedoch nicht übersehen, daß ein großer Teil der Kunden seine Räume direkt im Geschäft verlegt, und auch dort seine Zahlungen begleicht, so daß die Firmen die Kassierungs- und Verkaufsspitzen in solchen Fällen spart. Es wäre nur noch für Wiese und Innenvorwahl ein Satz von 5-10 Prozent, in Aussicht zu bringen. Die legtgenannten Spesen werden nicht in jedem Geschäft gleich sein, da sie auch hier zeigt, daß ein großes Geschäft mit verhältnismäßig kleineren Spesen zu rechnen hat als ein kleineres. Wie hätten nun alle Spesen eines Abzahlungsgeschäfts bestimmt und wer sich die Räume machen will, nachzurechnen, wird zu dem Resultat kommen, daß ein Abzahlungsgeschäft mit dem höchsten Gewinn von mindestens 80 bis 10 Prozent arbeitet. Die Spesen eines gut geleiteten Abzahlungsgeschäfts belaufen sich erfahrungsgemäß auf etwa 80 Prozent. Bei schlechter Verwaltung auf höchstens 40 Prozent. Zur späteren Überprüfung sei folgende Aufrechnung gegeben. Wir rechnen hier einen Bruttogewinn von 120 Prozent.

Beträge:
Capital: Umsatzmöglichkeit mindestens:
100 000 M. 220 000 M.
- 66 000 - gl. 30% Spec. - 88 000 - gl. 40% Spec.
164 000 M. 132 000 M.
Dienst ab:
Betriebskapital 100 000 M. 100 000 M.
Reingehörlin 54 000 M. ob. 54% des 32 000 M. ob. 32%
Betriebskapital 54 000 M.

Leber Kaufmann wird jedoch wissen, daß mit einem Kapital von 100 000 M. sich ein ungleich höherer Umsatz und demnach ein höherer Gewinn erzielen läßt, um so mehr als doch die häufig ein gehenden Zahlungen bedeutende Umsatzvergrößerungen erlauben.

Auf zur Wahl!

Am nächsten Freitag, den 10. Oktober, findet die Reichstagswahl im zweiten Wahlgemeinde statt. Gewählt wird von vormittags 10 bis nachmittags 7 Uhr. Keine sozialdemokratische Stimme darf verloren gehen!

Keiner Partei- und Gewerkschaftsgenossen, der Wähler ist, muss seine Pflicht als Wähler tun!

Die wenigen Tage bis zur Wahl müssen noch ausgenutzt werden zur Agitation und Kleinarbeit, zur Aufführung der Schwanzen und Schwankenden.

Die Gewerkschaften mit Hochdruck. Arbeiter, Wähler, lohnt euch nicht überzupumpeln!

Gebt die rechte Antwort auf Lebensmittelsteuerung, Rüstungswahlkampf, politische Entrichtung und Steuerdruck!

Der Wahltag muß ein Ehren- und Siegestag für uns werden!

Festbesoldete und Reichstagswahl.

Der "Bund der Festbesoldeten" beschäftigte sich jetzt auch mit der Reichswahl im 4. Kreis. Man hatte sich den frei-jungen Stadtverordneten Wählern verschrieben, der die nötige Stimmung für Klöppel zu machen hatte. Das scheint ihm jedoch nicht ganz gelungen zu sein, wie die Annahme folgender Resolution zeigt:

Auf Grund der schriftlichen Anforderungen der bürgerlichen Kandidaten ist festzustellen: 1. Rechtsanwalt Klöppel hat sich mit ganz geringen Abweichungen zu allen unseren Programmforderungen befonnen. 2. Dr. Hartmann begrüßt die Gründung des Bundes auf das wärteste, bemüht sich auf die Hauptpunkte unseres Programms einzugehen, kann sich

aber im Augenblick nicht zu den einzelnen Forderungen äußern, weil man dieselben gründlich durcharbeiten und mündlich besprechen müsse. Um hinsichtlich auf diese Stellung ist es nicht möglich, den Mitgliedern der Ortsgruppe für die Erfolgswahl in Neuklau eine klare Wahlanweisung nach Punkt 3 unserer Richtlinien zu geben. Es wird aber erwartet, daß jeder entsprechend seiner politischen Überzeugung das Wahlrecht ausübt, um nach Möglichkeit einen der bürgerlichen Kandidaten in die Stichwahl zu bringen.

Wenn die Festbesoldeten nicht recht wissen, wen von beiden bürgerlichen Kandidaten sie die Stimme geben sollen, dann ist es ihnen am besten, sie wählen den Sozialdemokraten. Wie die Angaben unter 1 und 2 zeigen, scheinen Klöppel und Hartmann nette Eiertänze aufgeführt zu haben, um sich die Stimmen der Beamten zu sichern. Wir wollen den Festbesoldeten übrigens sagen, daß man die Fleißpolitik nicht lediglich nach den Interessen eines einzelnen Verlus einrichten kann.

Falsche Vorspiegelungen.

Die Rabattspardvereine der Kleinbündler liegen dem Publikum noch immer vorzuladen, daß die Rabattförderung nützlich für den Käufer wäre. Jetzt schrieb über dieses Thema die Deutsche Konföderation:

Es trifft nicht zu, daß durch das Rabattmarkensystem dem Vergnügungen der Konsumenten genutzt werde. Zum Beweise, daß Vergnügungen bestimmt werden, genügt nicht die Tatsache, daß Rabattmarken nur beim Verkaufe gegeben werden — was übrigens in sehr vielen Fällen nicht der Fall ist —, sondern lediglich die Feststellung, daß Vergnügungen aber zugunsten habe. Und dieser Beweis ist mit den Gründen des Handels unvereinbar. Wenn ein Kleinbündler 5 Prozent Rabatt gewährt, so muß entweder ein entsprechender Betrag in den Verkaufspreis einflossert werden, oder der Händler reduziert seinen ohnehin spärlichen Gewinn um 5 Prozent. Eine andere Beweisführung gibt es nicht. Es ist auch nicht wahr, daß die Mitglieder der Rabattmarkenvereine nur gegen bar verkaufen oder Rabattmarken nur bei Barläufen abgeben. Sie versuchen genau so wie früher auch und gewähren Rabatt auch auf Buchforderungen, allerdings erst bei deren Bezahlung. Tatsache ist es nicht, verlösen sie die Kundschaft. Das weiß doch höchstlich jeder einzelne Händler, nur in der Öffentlichkeit sucht man sich etwas vorzutäuschen. Geschäfte, die nur gegen bar verkaufen, haben es auch getan, als sie noch nicht Mitglied eines Rabattmarkenvereines waren. Man prunkt mit den riesigen Ziffern, die die Rabattmarkenvereine im Jahre umjagen. Was sollen denn diese Zahlen zugunsten dieses Systems beweisen? Daraus geht mir her vor, daß so viele Geschäfte zusammen im Jahre so und soviel Umsatz erzielt haben und den für vielleicht auch erzielt haben würden, wenn sie keine Rabattmarken ausgegeben hätten. Bekannt ist auch, daß die Mitglieder der Rabattmarkenvereine sich in der Mehrzahl aus nicht geferten Kaufleuten zusammensehen, aus Krämern in des Wortes wahrster Bedeutung, denen die Grundlagen für das Wesen des Handels völlig fremde Begriffe sind. Bedenklich bringt auch der Rabattmarkenfonds, dem Detailisten nur Schaden und keinen Gewinn.“

In der zweiten Hälfte des Jahres 1913 sollte der Rabattmarkenverein im Jahre umjagen. Was sollen denn diese Zahlen zugunsten dieses Systems beweisen? Daraus geht mir her vor, daß so viele Geschäfte zusammen im Jahre so und soviel Umsatz erzielt haben und den für vielleicht auch erzielt haben würden, wenn sie keine Rabattmarken ausgegeben hätten. Bekannt ist auch, daß die Mitglieder der Rabattmarkenvereine sich in der Mehrzahl aus nicht geferten Kaufleuten zusammensehen, aus Krämern in des Wortes wahrster Bedeutung, denen die Grundlagen für das Wesen des Handels völlig fremde Begriffe sind. Bedenklich bringt auch der Rabattmarkenfonds, dem Detailisten nur Schaden und keinen Gewinn.“

Pilzmerkblatt.

Wie die Berichte über Pilzvergünstigungen beweisen, läßt die genaue Kenntnis der ebbaren und giftigen Arten sowohl bei Händlern wie bei Liebhabern zu wünschen übrig. Die zur Erleichterung der schädlichen Pilze zuweilen empfohlenen Werkzeuge, wie Verbünden der Bruchfläche des Pilzes, Anlaufen einer mitgekochten Zwiebel oder eines eingetauchten silbernen Löffels, sind nicht zuverlässig; sicher Unterscheidungsmerkmale gibt nur die genaue Kenntnis der einzelnen Pilzarten, wie am Narren und überzüglichsten in dem vom Kaiserlichen Gesundheitsamt herausgegebenen Pilzmerkblatt abgebildet und beschrieben sind. Dieses Pilzmerkblatt ist wie die anderen vom Kaiserlichen Gesundheitsamt in gemeinsamem Interesse herausgegebenen billigen Merkblättern dem praktischen Bedürfnis weiterer Kreise angepaßt. Das Pilzmerkblatt ist jetzt in neuer Auflage hergestellt; es enthält wie das vorige außer acht Textteilen mit Beschreibung der häufig vor kommenden ebbaren und schädlichen Pilzarten eine Tafel in Farbedruck auf der die wichtigsten naheliegenden Arten mit den ihnen ähnlichen Giftpilzen zum Vergleich zusammengestellt sind. Dem Leser angeglikt ist noch ein Abschnitt über den Röhrentyp der Pilze sowie über Pilzvergünstigungen und ihre Behandlung. Das Merkblatt kostet 15 Pf.

Ohne Leine. Nach Bekanntmachung des Rates zu Dresden vom 27. August hat anlässlich eines Tollwutfallen in Dobritz auch für den Stadtbezirk Dresden gesetzlicher Vorschrift gemäß die Hundeserre von zum 22. November verfügt werden müssen. Nach dem Schlussfazit dieser Bekanntmachung tritt, da inzwischen neue Tollwutfälle nicht aufgetreten sind, mit dem heutigen Tage für den Bereich der Stadt Dresden infosofern eine Erleichterung der Sperrvorschriften ein, als nunmehr der Leinenzwang wegfällt. Es dürfen also die Hunde mit Maulkorb frei laufen, doch sind die Besitzer der Tiere auf die Dauer der Hundeserre zu gewissenhafter Überwachung ihrer Hunde verpflichtet.

Die Operette der Frau Toselli. Im Teatro Nazionale in Rom wird, wie ein Telegramm meldet, dieser Tage eine Operette ihre Uraufführung erleben, die die ehemalige Kronprinzessin von Sachsen zusammen mit Toselli gespielt hat. Die Operette trägt den Titel „La Principezzina bizzarra“ (die bizarre Prinzessin) und verarbeitet die Zustände und Menschen am sächsischen Hof. Die Operette wurde auf Bestellung des Musikverlegers Sonogno geschrieben. — Das wäre etwas für Dresden! Ein Geschäft würde es dem Theater nicht fehlen, das sich dieser Szene annähme.

Eindringen in der Deutschen Bank. In dem Grundstück Wilsdruffer Straße 9 durchbrachen Einbrecher den Fußboden einer leerstehenden Etage und gelangten dadurch in die Räume der darunter befindlichen Depotskasse der Deutschen Bank. Dort wurde dann vergeblich versucht, mit Sprengung die Tresore und Geldschränke zu öffnen, auch mißglückte das Durchbohren der Stahlpanzer. Als der Einbruch am Sonntag entdeckt wurde, erhielten sofort alle Polizeiwachen der Stadt durch den Centralpolizeipräsidium telefonisch Kenntnis, damit auch die Gendarmerie den Wachen mit auf etwa verdächtige Personen fahnden sollte. Im übrigen erscheint aber der Einbruch stimmlich rätselhaft. Es fielen den Einbrechern in die Hände: Goldstempelmarken für 14,60 M., Schlußstempelmarken für

für 49,60 M. und Briefmarken für circa 57 M. darunter 850 Hünfennigmarken, 100 Hünfennigmarken, 35 Zwanzigpfennigmarken, 15 Hünfennigpfennigmarken, 12 Dreißigpfennigmarken. Verdächtigt werden zwei Männer, die am Sonntag vormittag gegen 6 Uhr das Haus verließen und von denen der eine einen schwarzen mit Vorde eingefassten Ledersack, der andere eine braune vierseitige, etwa 50 Centimeter lange Handtasche trug. Angaben, die zurermittlung der Täter führen, werden von der Polizei begehrt.

Arbeiterrisiko. Am Grundstück Wilhelminstraße 18 verunglückte am Sonnabend der in den vierzig Jahren stehende Schlosser Wenig tödlich. Bei Reparatur einer Gasleitung zog er sich eine beratige Vergiftung zu, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus verschied.

Selbstmordversuch. Am Sonnabend wollte sich Dürerstraße 118 ein 14½ Jahre alter Real Schüler mit Benzolgas verstellen. Die Feuerwehr verhinderte den Schüler mittels Sauerstoffapparates wieder zum Bewußtsein zu bringen.

Unfälle. Am Sonnabend nachmittag stürzte an der Albertbrücke der zehn Jahre alte Schulknabe S., Sohn eines in der Ludwig-Richter-Straße wohnhaften Arbeiters, von einem beladenen Möbelwagen herab und wurde schwerverletzt nach dem Carolathaus gebracht. — Am Sonntag abend stürzte auf der Wetlinestraße vor der Friedrichstädter Hauptmarkthalle der Arbeiter Georg Stange während der Fahrt von einem Straßenbahnenwagen, glitt aus und wurde dabei überfahren, wobei ihm das rechte Bein nothwendig zermahlen wurde. Drei Militärkrankenpfleger, die Zeugen des Unglücks waren, legten dem Schwerverletzten Rettverbände an, worauf er nach dem Krankenhaus Friedland gebracht wurde. — Beim Baden ertrank am Sonntag vormittag im Bassin eines hiesigen Bades der Maschinenbauerlehrling Willi Richard Hohenberger.

Zusammenstoße. An der Mündung der Rüttnerstraße in den Chemnitzer Platz fuhr ein Straßenbahnenwagen der Linie 15 mit solcher Gewalt in einen mit Betreide beladenen Wagen eines Matzner Landwirtes, daß das Gesicht umstürzte. Der Matzner fahrt Motorwagen fuhr leer und wurde nur am vorderen Schuhblech beschädigt. — Ein weiterer Zusammenstoß ereignete sich vor dem Grundstück Thorndörfer Straße 80, wo ein zweijähriges Gesicht des Fahrers bestimmt war. Die Feuerwehr erstickte den Matzner, der einen Motorwagen angetrieben wurde, und den Wagen von einem landwirtschaftlich fahrenden Motorwagen angetrieben wurde, daß nicht nur der Wagen umfiel, sondern auch beide Feuerwehrmänner starben.

Neue Promiüberkarten. Aus Vorpommern, dem neuesten „Schlinger“ des Residenztheaters, erschienen im Kunstverlag Gustav Schmidt, Dresden-Blumen, zwei neue Promiüberkarten. Und zwar Bilder von Wini Grabis, Karl Sustull, Villi Stein, Ida Hattwo, Marie Lenz, Robert Hellwig, Alfred v. Krebs, Emil Göld, Franz Feliz. Die Karten sind in allen Kunst- und Papierhandlungen zu haben.

Vermischte Nachrichten. Die Probebeleuchtung der Innenräume der Königlichen Albrechtsburg in Meißen, die alljährlich nur einmal stattfindet, erfolgt Mittwoch, den 8. Oktober, abends von 17 bis 9 Uhr. Alle Räume der ersten und zweiten Etage sind mit elektrischem Licht versehen. Durch Plakate sind die einzelnen Räume und Bilder gekennzeichnet, und es ist an diesem Abend ein zwangloses Durchgehen durch die Burg gestattet. Um die Akustik im Kirchsaal und großen Gerichtssaal zur Geltung zu bringen, wird ein Kirchenchor in Stärke von etwa 60 Sängern mehrere Lieder singen. Das Eintrittsgeld beträgt an diesem Abend 40 Pfennig für Erwachsene, für Kinder 20 Pfennig, für geschlossene Gesellschaften von mindesten 20 Personen pro Person 30 Pfennig. Eintrittskarten sind am Mittwoch von früh an im Vorverkauf beim Schloßherrnwalter zu haben. — Zur Beleuchtung des Gleisumbaus in der Glacisstraße werden die Wagen der Linien 3 und 26 während der etwa sechswöchigen Dauer dieses Umbaus durch die Sturzflüster- und Baugener Straße geführt.

<p

Die eigenartige Lage des Hauses an der Seite des Grundstückes sieht Gründstückserwerbungen in der Tiefe des jüngsten Geschäftshauses. So kommt es, daß das Gewerbehaus jetzt dem Betreuer in einer gewaltigen Front von 90 Meter gegenübersteht. Das ganze Grundstück ist 400 Quadratmeter groß, die Räume umfassen etwa 13.000 Quadratmeter nutzbare Fläche. Nicht eingeschlossen ist dabei das „Hotel Gewerbehof“, ein neben dem Gewerbehofshaus liegendes Gebäude, das vierzehn Säle, eine große Durchgangshalle enthält. Auf die Oberseite, die sich zum Unterseiten von vielen anderen Städten ebenfalls an der Straßenfront erhebt, entfallen 800 Quadratmeter Raumfläche. Das Hauptgebäude weist unten Löden auf, in der ersten Etage sind kleinere Säle eingebaut, während die oberen Stockwerke Büros dienen. Dünner und unter dem Hauptgebäude liegt der große Saal, der mit seinen Nebenräumen 2000 Personen Platz bietet. Die Restaurationsräume sind zusammen 900 Quadratmeter groß. Über dem Restaurant befindet sich in der ersten Etage das Café, und hinter diesem, durch eine Wendeltreppe leicht abgetrennt, ein neuer Saal, der etwa 700 Personen fasst. Der neue Saal, das Café und die Restaurants bieten allein 3000 bis 3500 Personen Platz. In der Ausstattung des neuen Raumes darf sich das Gewerbehofshaus neben den ersten Dampferlokalen befinden lassen; die Reihenzahl der Säle wird es weit übertreffen. Auf gebiegte Holzarten ist das größte Gewicht gelegt. Das Hauptrestaurant weist Holzbildhauerarbeiten auf, unter anderem geschmiedete Tische, die an sich das Gewerbehofshaus zu einer Schauspielstätte der modernen Technik versetzen. In der ersten Etage ist ein Apparat für die Verführung von Lichtspektakeln vorgesehen. Ein Personenaufzug läuft neben dem Haupttreppenhaus vom Keller bis zum Dachgeschoss. Eine Belüftungsanlage hält frische gereinigte Luft in sämtlichen Räumen des ganzen Hauses. Diese Anlage ist durch Fernthermostaten mit der Heizanlage verbunden, die im Keller des Dachhauses eingebaut ist, das übrigens auch noch in drei Stockwerken unterkrammt. In der großen, im Erdgeschoss des Hauptgebäudes liegenden Zentralküche sind nicht minder alle hygienischen und technischen Vorranglichkeiten des modernen Küchenbetriebes verwirklicht. Acht elektrische Fahrtuhren senden die Speisen nach dem alten Saalbau und den Vorräumen hinunter. Wasch- und Duschräume für beide Geschlechter getrennt, liegen dem Personal zur Verfügung. Große Kühl- und Eisfester temperieren Getränke und Speisen; ihre Einrichtung kostete allein 20.000 M. Im Keller sind dann noch zwei Dampfgebläde eingebaut. Das elektrische Licht begiebt das Haus aus der Lüft und Kraftzentrale der Geisenhaußgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Die Hamburger Arbeiter können auf ihre „Wasserschmiede“, wie August Bebel 1866 bei der Einweihung des Bau taufte, stolz sein, um so mehr, als das Gewerbehofshaus zugleich ein mächtiger Zeuge des schnellen Wohlstands und der Kraft der Arbeiterbewegung ist.

Inland.

„Ihre Vertraulente sind bestochen!“

Mit diesen Worten empfing der Kaufmann Heinemann in Berlin seine Arbeiter, als sie während der Ausperrung im April dieses Jahres ihren Lohn holen wollten. Um seine streitenden Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, bescherte er ihnen, die Streikleitung erhielt pro Mann und Tag 7 M. von den Firmen, bei denen weitergearbeitet werde. Rätselhaft war kein Vorwurf wahr. Die Streikleitung fragte, weil Heinemann ausdrücklich erklärte habe, er habe Zeugen für seine Behauptung. Vor Gericht konnte er nichts beweisen, wurde aber freigesprochen, weil er nur keine eigenen Interessen, wenn auch in unpassender Form, vertreten habe. Die „eigenen Interessen“ des Arbeiters erstreden sich niemals so weit.

Wahrung vor Auswanderung nach Argentinien.

Aus Buenos-Aires berichtet uns ein Freund der Arbeiterbewegung, daß im Argentinien die Arbeitslosigkeit einen riesigen Umfang erreicht hat. In Buenos-Aires sind 80.000 Menschen arbeitslos. Kürzlich ist ein Arbeitsamt gegründet worden, das unentgeltlich Arbeit vermittelt. Dieses Amt ist aber nicht instande, zu helfen, da die Arbeitsuchenden nicht die Mittel haben, um die Reise weit nach dem Innern des Landes zu unternehmen. Das Amt lehnt daher auch keine Mittel ab. Im August fanden Arbeitslosenveranstaltungen statt, die der Bevölkerung und der Regierung der Ernst der Lage vor Augen hielten. An einer Versammlung der Arbeitslosen ist vorläufig nichts zu denken. In den derzeit vorhandenen vielen Arbeitslosen kommen täglich aus allen Teilen Europas neue an. Viele Familien treten bei der jüngst durchgehenden Wahl abgedroschen, hungernd und sterbend in den Städten umher. Schiffahrtsgesellschaften machen durch gewöhnliche Agenten Plakate für die Auswanderung nach Argentinien. Ihnen ist es nur um die Überfahrtsgelder an zu tun. Drüber kommt sich niemand um die Gesetzten. Jede Woche kommen zwei große deutsche Dampfer mit Auswanderern in Buenos-Aires an mit zahlreichen deutschen Arbeitern und Handwerkern. Die Mehrzahl der Einwanderer kommt allerdings aus den romanischen und slawischen Ländern. Jeder deutsche Arbeiter wird wohl beurteilen können, was es heißt, neben solchen Konkurrenten seine Arbeitskraft an den Mann zu bringen. Die Löhne sind durch die Massenangebote unglaublich gesunken, dabei ist der Lebensunterhalt so hoch wie sonst nirgends.

Gewerkschaftliche Organisationen bestehen zwar, doch sind sie bei dem fortwährenden Zustand aus allen Ländern nicht in stande, Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu erlangen. Die Organisierung der Einwanderer ist schwer, weil der Landessprache nicht möglich sind. Einwandernde müssen außerdem gewöhnlich sein, aufgewiesen resp. zwangsweise juridischiert zu werden auf Grund eines vor drei Jahren geschaffenen Gesetzes. Das Gesetz ist ganz zielstreng unter den Arbeitslosen. Deshalb Arbeiter, sieht nach vor, wandert nicht nach Argentinien aus!

Sozialbewegungen.

In Magdeburg stellten Sonnabend früh 200 Stauereiarbeiter die Arbeit ein. Es handelt sich um Tarifstreitigkeiten. In Bautzen (Oberlausitz) wurden von den Glashäusern sämtliche Glasmaschinen und Glasschleifer ausgesperrt. Die Zahl der Ausgesperrten dürfte 800 betragen. Die Besachen sind Maßnahmen der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern. Zugang ist zu vermelden.

Eingegangene Schriften.

Reichsversicherungsordnung und Knappeschauswesen. Zweite verbesserte Auflage. Verlag des Bergarbeiterverbandes in Bremen.

Die Komödie im Saargebiet. Von Johann Helmstötter. Selbstverlag des Verfassers (Hausmann u. Sohn, Bremen). Kalender für Bergarbeiter für 1914. Herausgegeben vom Vorstande des Bergarbeiterverbandes Deutschlands.

Ausland.

Achtung, Bergarbeiter!

In Como in Oberitalien sind die Seidenappreturarbeiter ausständig, um die zu erwähnenden Lohnarbeiter zu verbessern. Die Bergarbeiter erinnern die Seidenappreturarbeiter, darauf zu achten, daß Arbeiten für Como in Deutschland nicht ausgeführt werden.

Lohnbewegung der englischen Postbeamten.

Das vereinigte Nationalkomitee der Post- und Telegraphenangestellten beschloß, die Mitglieder aller an das Nationalkomitee angeschlossenen Körperschaften eine unverzügliche Lohnhöhung auf den Sozial von 15 Proz. zu verlangen. Es sollen im ganzen Lande Massenversammlungen organisiert werden.

Der Kampf in Dublin.

L.K. Die englischen Arbeiter haben fort, ihre Solidarität für die Dubliner Kämpfer in prächtiger Weise zu bezeugen. Damit Offenfeindlichkeit ist es bereits möglich geworden, ein zweites Rettungsschiff nach Dublin zu entenden. Es wird, wie das erste, von der Großenaußengesellschaft in Manchester mit ihren eigenen Rettungsmitteln verfrachtet, nur daß diesmal das eigene Dampfschiff der Großenaußengesellschaft, die Fraternität nach Dublin geht. Das Schiff bringt die einzelnen Phasen des sozialen Krieges in den Aufnahmen des polnischen Parteidoktors eine ausführliche Schilderung der Verein, das Aufstandsergebnis der Untersuchungskommission, das Verhalten des deutschen und des polnischen Parteidoktors wurde von Referenten noch einmal dargelegt, der dann das Dokument, kommen des Zentralen Schließes kritisierte. Nach der Weinung des Genossen Knieß liegen im Halle Model zwei Beschlüsse vor, die einander widersetzen: Die Premer Organisation in der zweiten Linie davon interessiert ist, die übrigen Beschlüsse des Parteidoktors später zu besprechen. Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm am Dienstag, den 11. Mai 1913 gegen die Beschlüsse der Mehrheit des Parteidoktors. Die Genossen Adens und Bartels widerstreiten ihnen in der Debatte, ebenso Genosse Westfeld, der aber das Wort Kulturmaler für die Angestellten im Interesse des lieben Friedens nicht gewünscht hätte, die Versammlung wurde verlängert.

Der Sozialdemokr

Fünf grosse Volks-Versammlungen

mit der Tagesordnung:
Konservativ - liberal - Sozialdemokratie

finden statt:

Dienstag den 7. Oktober, abends 9 Uhr, im Wilden Mann in Trachenberge
Donnerstag den 9. Oktober, abends 9 Uhr, in der Reichskrone und im Ballhaus, Dresden-N., in Stadt Leipzig, Pieschen und im Gold. Lamm, Trachau.

Referenten:

Reichstagskandidat Buck und die Reichstagsabgeordneten **Lebedour, Noske, Rühle, Schulz.**

Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Einwohner und Wähler von Dresden-Neustadt und den Vororten! Macht diese Versammlungen durch Massenbesuch zu wichtigen Demonstrationen des Volkswillens!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Radeberg! Altmarkt, Nebigau und Umg.

Dienstag den 7. Oktober, abends 8 Uhr, im Schützenhaus

Volks- u. Wähler-Versammlung

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Reichstagswahl und die politischen Parteien.

Referent:

Reichstagsabgeordneter **Noske**, Chemnitz.

Freie Aussprache!

Jede über 18 Jahre alte Person hat Zutritt.

Bei dieser Versammlung, in der Abrechnung mit den Gegnern gehalten wird, erwartet massenhaften Besuch

Der Einberufer.

Schweppnitz und Umg.

Mittwoch den 8. Oktober, abends 8 Uhr
im Saale des Gasthauses zu Schweppnitz:

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Die Sünden der rechtsstehenden Parteien.

Referent: Landtag-abgeordneter **Karl Sindermann**.

Massenhaften Besuch erwartet

Der Einberufer.

Dienstag den 7. Oktober, abends 9 Uhr, in Günthers Gasthof in Nebigau

Volks- und Wähler-Versammlung

V 18]

Tages-Ordnung:

Konservativ, liberal oder Sozialdemokrat.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Richard Schmidt**, Meißen.

Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Reichstagswähler obengenannter Vorstände! Die Stunde der Entscheidung rückt immer näher, agitiere jeder für massenhaften Besuch der Versammlung.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

4. Kreis.

Bezirk Weißig

Dienstag den 7. Oktober
abends 8 Uhr

Wichtige Sitzung

in Römer's Restaurant, Weißig

Sämtliche Parteigenossen, welche sich am Wahlgang zur Verfügung stellen, haben sich mit einzufinden.

V 14] Die Beiratsleitung.

Bäckerei Richard Schirmer

Konkordienstraße 21
ermächtigt die vorgezogene Arbeitshilfe, Lieferung frei ins Haus
Gehaltsforderungen bewilligt!**Geschäfts-Uebernahme.**
Einem hochgeehrten Bürgertum von Dresden-Johannstadt
die höfliche Mitteilung, daß wir am 1. Oktober 1913 das

Restaur. Zum Niederwald

Blasewitzer Straße 40, Ecke Kreuzstraße

von Frau Agnes Ischleßberg förmlich übernommen haben.

Das umfangreiche Inventar entgegengebrachte Verträge bitten

wir gütigst auch auf und übertragen zu wollen und werden be-

müht sein, das und Sechzendeckel-Büro in jeder Weise zufrieden

zu stellen. Wir werden aus Süde und Neller das Beste vom

Besten bieten. — **Gelsenfeller - Bier - Vereinsbistro.**

Um gütige Unterstützung bitten

Franz Dominik und Frau.

V 18]

Gesellschafts-Gebäude.
Einem hochgeehrten Bürgertum von Dresden-Johannstadt
die höfliche Mitteilung, daß wir am 1. Oktober 1913 das

Plüscher-Garten 55 R., prächtig

Plüscher-Garten, neu, 48 R., geb. Pl.-

Sofa 25 R., mob. Chaisel, u. Klebe-

sofa 15 R., Ferdinandstr. 10, dt. L.

Schürzen-Henkel, Praktikantur

sehr große Auswahl, beste Stoffe,

billigste Preise. Soden, Strümpfe

Sweater, Herren- u. Damenkörper

Egon Salzendorff, Kram, der Kästchener-Wo.

Gute Qualität, günstige Preise

Dietrich, Dienstleistungen, Margarete Hamm

Dietrich, Dienstleistungen

Montag den 6. Oktober 1913

Dresdner Volkszeitung

Handel und Industrie.

Schwindelbankiers.

Aus Paris kommt eine interessante Nachricht: Herr Siegmund Friedberg, der bekannte Schwindelbankier, dessen Zusammenbruch und Flucht aus Berlin im Jahre 1907 ungeheure Aufsehen erregte, ist nicht verschollen, sondern sitzt seit Jahren in Paris und betreibt dort sein Gewerbe ruhig weiter. Zwar seit längerer Zeit hatte sich zu den Pariser Anmietbankiers, die von dort aus das deutsche Publikum mit Sündhaftmachen von Zinsuläufen überwinnen, eine Firma Charles A. Reimann & C. gefügt, die mit besonderer Geschicklichkeit vorsichtig und deren Geschäftsbildung eine besondere Beiratheit mit deutschen Verhältnissen verriet. Jetzt stellt man heraus, daß der Exhaber und leitende Mann niemand anders ist als Herr Friedberg, auf den das Sprichwort: "Die gute Luft das Maulen nicht" wirklich angutzen scheint.

Siegmund Friedberg interessiert die Öffentlichkeit nicht mehr, weil er es verstanden hat, mit außerordentlicher Strenge seinezeit sein Geschäft auszudehnen und durch ein großes Netz von Reisenden die Provinz abzutragen, so daß bei seinem Zusammenbruch die Zahl der Leidtragenden nie bedeutend war; der "Herr Friedberg" hatte vielmehr noch die - im Interesse der Gesellschaft erfreuliche - Folge, der breiten Öffentlichkeit über das Wesen der sogenannten Anmietbankiers und "Bucketshops" die Augen zu öffnen und die Haftungslosigkeit zu verlassen, dieser Sorte von Geschäftsmännern ihre ganz besondere Ausmerksamkeit zugewandt. Seitdem haben wir denn auch eine ununterbrochene Reihe von "Bucketshopprozessen" zu verzeichnen gehabt, die teilweise sehr hohe Freiheits- und Geldstrafen für die Angeklagten mit sich brachten und einige Angeklagte, bei denen die Anklageakten noch nicht abgeschlossen sind, sogen noch in den Untersuchungshaft geschnitten. Damit ist aber dem Unwesen der "Bucketshops" nach keineswegs endgültig gesteuert. Wenn auch in Deutschland vorerst die Reihen der Mitglieder dieser alten Rundschau durch den mit den zahlreichen Prozeßverfahren verbundenen Sollungswechsel unfreiwilliger Art gelichtet sind, so übernimm noch immer noch eine ganze Anzahl ihr Gewerbe aus, und vor allem wird vom Ausland - Frankreich und England - das deutsche Publikum in geradezu gemeingefährlicher Weise durch Schwindelbankiers um seine Sparsparnisse betrogen. Eine Bedrohung des Besitzes dieser "Bucketshops" und des Art ihrer Geschäftsbildung dürfte deshalb wohl am Platze sein.

Zunächst ist folgendes wichtig: Das Geschäft des anständigen Bankiers, der für seine Kunden Kauf- und Verkaufsanträge in Wertpapieren vermittelt, ist, daß er diese Aufträge, so wie er sie erhält, an der Börse ausführt. Hierzu erhält er weiche Papiere sein Kunde kaufen will und wird ihm in der Regel nur Papiere empfehlen, von deren Güte und von deren Zukunftsaussicht er überzeugt ist, da er nur ein Interesse daran hat, daß der Kunde bei ihm verdient und ihm neu bleibt. Anders der "Bucketshop". Er tritt ebenfalls unter der Maske des ehrlichen Bankiers auf, wendet sich mitstreben an Leute, denen er vollkommen fremd ist, und teilt ihnen mit, daß er in der Lage ist, ihnen Wertpapiere zu kaufen, bei denen eine große Rutscherigung bevorsteht und bei denen der Betreffende, falls er seinem Rat folgt und sie ausnutzen läßt, ein kleines Vermögen verdienen mög. Wenn er diese Chance nicht allein für sich ausnützt, sondern durchaus andere daran partizipieren läßt, verrät der eble Menschenfreund nicht. Natürlich gehen auf ein solches Anerbieten stets viele Leute ein, die ihre persönlichen Einkünfte in diesen schlechten Zeiten gern vermehren wollen. Antworten sie nicht logisch zustimmend, so kommt ein weiterer dringlicher Brief des "Bankiers" und schließlich eine Depesche, die den Empfänger dringend auffordert, den günstigen Augenblick, der unmittelbar bevorsteht, nicht zu verpassen. So viel Aufmerksamkeit belegt nun meistens den Betreffenden, wenn er nicht den Geschäftsbetrieb der Schwindler noch nicht kennt. Er steht schnell so viel Geld an den "Bankier" ein, wie er flüssig ist und löst die Papiere kaufen. Nun wird er aber eine unangenehme Überraschung erleben, denn seine Papiere werden in den meisten Fällen nicht steigen, sondern eher fallen. Denn im Gegensatz zum soliden Bankier, der eben nur als Vermittler im Sinne des Gesetzes für die an der Börse zur Ausführung gelangenden Aufträge zum Anfang von Effekten auftritt, führt der Schwindler, der an der Börse gar nicht zugehören ist, diese Geschäfte gar nicht aus, sondern macht sie, wie der Ausdruck lautet, "in sich". Die Folge ist, daß ihm nicht gleichzeitig ist, ob die Aktien des Kunden steigen oder fallen. Zumindest sie und müßte somit der Kunde verhindern, so würde der "Bankier", der die Aktien ja gar nicht gekauft hat und sie also, wenn der Kunde sie mit Gewinn verkaufen will, gar nicht für ihn verkaufen kann, den rechnungsmäßig entstehenden Gewinn aus seiner eigenen Tasche zahlen. Deshalb empfiehlt er von vornherein nur Papiere, deren Aussichten er leicht beurteilt und bei denen keine Ausicht vorhanden ist, daß der Kunde verdienen kann. Er schlägt somit dessen Vorteile - im Gegensatz zu dem nach Kaufmannsart Treuhandlungen handelnden soliden Bankier - bewußt. Verliert nun der Kunde, dann streift der "Bankier", der es ja nur darauf abgesehen hat, den Verlust als seinen Gewinn ein, kommt aber einmal ein Fall vor, daß das Papier, das dem Kunden empfohlen wurde, wider Erwarten steigt und so sich rechnungsmäßig für den Kunden ein Gewinn ergibt, so weiß der Schwindler mit großem Geschick den Kunden davon abzuhalten, sich das Geld auszuzahlen zu lassen; er verzweigt ihn wieder in neue Geschäfte und ruht nicht eher, bis er den letzten Penny von dem Geld des Käufers in der Tasche hat, wobei er durch gefälschte Kurze und falsche Stempel- und Kostenberechnungen noch nachhilft. Jedenfalls sieht der Mann, der diesem soliden Schwindler sein Geld anvertraut hat, nie auch nur einen Penny davon wieder.

Darum sollte für jeden, der seine Spargroschen besser aufwerden will, die denkbar größte Vorsicht diesen "Anmietbankiers" gegenüber am Platze sein. Bei jedem glänzenden Angebot, das einem von unbekannter Seite gemacht wird, sollte man sich zunächst fragen, daß der Betreffende, wenn er von der Richtigkeit seiner Angaben überzeugt wäre, sich wohl fühlen würde, wilde Menschen an seinem Verdienstteil teilnehmen zu lassen, sondern daß er das Verdienst schon allein befürworten würde. Für seinen Schwindel aber soll er sich andere und - Lümmere suchen.

Weitere Preisänderungen am deutschen Eisenmarkt. An der Düsseldorfer Produktionsbörse vom Freitag ist es zu neuen Preisänderungen gekommen. Der amtliche Bericht besagt folgendes: Die Lage am Koblenz- und Solingenmarkt ist unbestimmt. Der Eisenmarkt ist weiter still trotz höherer Preise für Stahlblei und Bleche. Die vom Hochstenderband für das erste Semester 1914 ermäßigten Preise werden erst ab Januar notiert. Die Preise für Stahlbleiben bestehen sich auf Frachtwert Oberhausen mit 1½ Prozent Stonto. Die Preise notieren: Gewöhnliches Stahlblei aus Hagen 95 bis 104 M. (vorher Preis 96 bis 100 M.), Stahlblei aus Hagen 114 bis 118 (116 bis 120), Feinblei 120 bis 125 (122 bis 127), Zinkbleiwalzblech 117½ M. (122½ M.).

Die deutsche Kartoffelernte. Wie wie dem diesjährigen Saatgutmarktbild der Preisschwankungen des Deutschen Kartoffelrates einzusehen, ging in der Herbstwoche das Aufnehmen der Kartoffeln bei schönem Wetter vorstehen. Mit dem Ergebnis, daß je nach Sorte und Bodennatur große Schwankungen aufweist, in man im allgemeinen zu ziehen, vielleicht wird der Ertrag sogar als reichlich bezeichnet. - Unter den Abnehmern hervortritt hier der Deutsche Vertrag, daß die leichte Woche den Süden wohl noch eine Annahme an Gewicht und Ausdehnung gebracht hat. Übernommene Rübenanbauflächen aufwiesen noch immer nicht die Erwartungen. - Die Herbstbestellung hat bei südlichem Wetter auergestellt als vorher gemacht; es ist schon viel Roggen ausgesät, die und die auch schon Weizen untergebracht. Der frühzeitig gesetzte Roggen ist gut aufgegangen, während sich bei der späteren Aussaat bereits Mangel an Bodenfruchtbarkeit bemerkbar macht.

Die Geschichte der Färchen.

Gegen die "Handelsvereinigung", die Hauptfinanzierungsgesellschaft, die in der Auflösung begriffenen "Fächerlager", in ein demontierbares Propt angeklagt worden. Der vor jetzt drei Jahren zusammengebrochene Bankier Karl Reuburger, der früher zuerst in sehr engen Beziehungen gestanden hatte, hatte sich als er schon in Bedrängnis war, an die Handelsvereinigung mit der Bitte um ein Darlehen von 1½ Millionen Mark gewandt. Entgegen einer anderen Berichterstattung wurde ihm dieses aber erst gewährt, als Reuburger unter dem Zwange der Verhältnisse sich bereit erklärte, der Förderung des Generalkreditors Reimann von der Handelsvereinigung genügt, dieser seinen großen Poststand von allen einer Kreditgeschäftswelt unter dem Zugesetze zu verlaufen. - Heute hat nun der Konkursverwalter der Stadt Reuburger A.G. dieses Geschäft angesuchten, weil es unter Ausnutzung einer Brüderlage zustande gekommen sei, und hat gegen die Handelsvereinigung eine Schadensersatzklage von 420 000 M. angezeigt.

Abschluß industrieller Unternehmungen. Die Generalversammlung der Annaburger Steinzeugfabrik legte die Dividende auf 7 Prozent fest. - Die Stahlwerke Dillingen A.G. hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Nettogewinn von 638 000 gegen 652 000 Mark erzielt. Die Abschreibungen betrugen 302 000 gegen 298 000 Mark, der Nettogewinn 322 000 gegen 256 700 M. Das Unternehmen hatte während vier Monaten des Jahres unter einem Streik zu leiden; die Arbeiterschaft ging während dieser Zeit im Stahlwerk auf die Piste, in der Maschinenfabrik auf 10 Prozent herunter.

Börse. Die ungünstigen Beichte vom heimischen und vom amerikanischen Eisenmarkt beweisen eine Abmilderung der Haltung der Berliner Sonnabendbörsen. Bei gleicher geringfügiger Geschäftsvolumen, Bergwerksaktien, Elektrogrätzlasse und Schiffahrtssaktien niedriger sind und geben im weiteren Verlauf der Börse noch etwas weiter nach. Schönbergs schwache Haltung bekräftigen die Münzen der zum Hirschenthal gehörigen Hohenlohewerke. Wederlich die Münzen der Karlsruher Pfalz-Bahn halten auf Reinharter Anerkennung lebhaftestes Geschäft und Absatzausfertigungen zu verzeichnen.

Soziales.

Schutz den Gastwirtschaften.

Der Ausschuß des Münchner Gewerbegeichtes hat sich auf Antrag des Verbundes der Gastwirtschaften mit den Münchenern im Gastwirtschaftsamt beschafft und einstimmig beschlossen, an den Landtag den Antrag zu stellen, es solle der Vertreter der bayerischen Regierung im Bundesrat dahin mitspielen, daß in Ergänzung § 117 des Gewerbeordnung ausgeschrieben werde: Es ist unterschlaßig, daß von den Gastwirtschaften besondere Abgaben aus dem Wirtschaftsbetrieb entrichtet werden. Hierdurch soll jedoch die Befreiung der Angestellten für vorläufige und fiktive Sachbeschädigungen nach Maßgabe des effektiven Schadens nicht berührt werden. Weiter soll an beide Kammern des Landtags der Antrag gestellt werden: Die Arbeitgeber der vom Staate verpflichteten Betriebe (Bahnämter, Amtshäuser usw.) sind verpflichtet, das Personal den städtischen Arbeitseinnahmen sowie, soweit der Bedarf dort gegeben ist, zu bezahlen. Die Entlastung hat mindestens in der Höhe zu geschehen, wie die Vereinbarungen lauten, die die Organisationen mit den Privatbetrieben getroffen haben.

Verfammlungen.

6. Kreis, 15. Bezirk. In der am 27. September im Gänzerheim in Altena stattgefundenen Mitgliederversammlung sprach Genossen Lüthner, daß der Arbeitsauftragfrage, Genossen Lüthner gab den Kreisvorstandsbereich. Hierüber wurden die Genossen auf die im Clubhaus stattfindende Konstituution aufmerksam gemacht. Sehr scharf kritisiert wurde dabei die in letzter Zeit bei bemerkbar machende Zunahme der Genossen bei Parteiveranstaltungen. Von Bezirkssprecher und Abgeordneten wurde der Stand unserer Mitglieder- und Abgeordnetenbewegung bekannt gegeben. Die Jungen zeigten, daß noch viel zu arbeiten ist und wenn jeder Mitarbeitet, es auch nicht schwer sein wird, auch die Leute für and zu gewinnen. Die Erweiterung der sozialistischen Staatsangehörigkeit müssen die Reichstagsabgeordneten beschließen, um an der nächsten Landtagswahl teilnehmen zu können. Eine längere Debatte entstand, als Genossen Günther bekannt gab, daß sich einige Genossen von einem kleinen darüber lachten, der sich in bisheriger Gegend als Genosse vorstelle, um Bilder und Plakate an Bebel an den Mann zu bringen. Es gelang ihm auch, einige Genossen zu bewegen, ihm beim Aufsuchen der Genossen beihilflich zu sein. Da es an Bevölkerungen durch unsere Zeitung nicht fehlte, lädt man an diesem Wochenende Artikel über verschiedene der Bedarf von Bevölkerung, auf unsere Volksbildung; Abgeordnete Mönche nennen Befestigungen gegen entgegen. Dadurch werden die Genossen auch vor Schaden bewahrt. Ein Angebot wegen der Abhaltung eines Reichsbildervortrags wurde dem Aktionskomitee überreicht. Jetzt möchte Genossen Günther nochmals auf die Verschwendungen des Abgeordneten aufmerksam machen, wir zwei Abgeordneten erhalten und forderte zugleich zu regem Gebrauch derselben auf, damit nicht etwa Stellen unbewohnt bleiben. Die Partei gelte für Dienstag und Donnerstag und sind beim Genossen Günther zu hören. Beim Genossen Günther sind neue Statuten zu haben. Der Besuch der Versammlung sowie auch die Pünktlichkeit der Genossen stehen zu wünschen übrig. (Eing. 4. 10.)

Aus aller Welt.

Die Tragödie eines Mädchens.

Hg. Berlin, 3. Oktober 1913.

Vor den Geschworenen des Berliner Landgerichts I begann heute der Prozeß gegen die zwanzigjährige Expedientin Hedwig Müller, die vorher schon ein Verhältnis mit einem Dr. St. gehabt hatte, und die sie auch nach weiterem mit Dr. St. zusammen, wurde der Angeklagte erklärt, daß sie unter dieser Erfahrung, die sich rot und brutal geäußert habe, sehr zu leben gehabt habe, daß sie schließlich bald einen Revolver und Patronen gekauft habe. Eines Nachts sei es in Tiergarten zwischen den beiden zu sehr heftigen Auseinandersetzungen gekommen, da sie den Reimann nicht Schweißfeld in Gehalt entlassen worden, aber trotzdem habe sie ihn nicht loswerden können, und als sie eines Abends aus dem Hause des Dr. St. trat, habe er ihr aufgelauert und es sei zu einer blutigen Szene gekommen. Als nun Reimann sogar noch einen willigen Brief an Dr. St. schrieb, sei sie schließlich ganz schwermüdig geworden und habe beschlossen, aus dem Leben zu scheiden. Am Abend des 8. März traf sie sich mit R. im Tiergarten, er habe sie daher bestellt, angeblich, um ihr den Hut von ihm entzogene Hausschlüssel des Dr. St. wiederzugeben. Im Laufe der heftigen Auseinandersetzungen habe sie sich, ohne daß sie den erbetenen Schlüssel erhalten hätte, infolge eines Schwindelanfalls an einen Baum lehnen müssen, und da habe sie die Waffe heroverzogen. Als R. das sah, habe er sie den Revolver entziehen wollen, sie zu erschießen und selbst nachkommen. Dann habe sie ein Taschenmesser geholt, wahrscheinlich Entfernen habe sie gepackt, denn sie batte, getroffen und für einig verblutet zu sein. Indessen war R. zu Tode getroffen. Die Angeklagte steht es so dar, als ob sich die Waffe in seiner Hand gegen ihn entladen hätte. Diese ganze Darstellung findet sich auch schon in einer seufzertümlichen Lebensbeschreibung, die Hedwig Müller in der Untersuchungshaft angefertigt hat. In diesen Minuten erzählte die Angeklagte, daß sie schon als Kind die anderen Kinder beherrschte, als halbwüchsiges Mädchen als der Vorbild des städtischen Staatsangehörigen ihres Bruders und immer von toller Ausgefehltheit und von Auslebung gegen Zwang und Eltern bestellt gewesen sei. Sie sei die Tochter eines Architekten, habe in der Jugend eine mehrmehrige Herrenfrucht durchgemacht, am Weltkongress gelitten und sei geblieben. Am Ende sei sie der Mittelpunkt des Interesses der Herren gewesen, die um sie herumwirbten, sie habe sich immer den Hof machen lassen und unbekümmert in den Park hineingelebt. Den Dr. St. aber habe sie bewundert und geliebt, jedoch sei auch da ihr Herz nicht mit dem Berlins durchgegangen, und sie habe Schranken aufgestellt, damit sie jeden Tag wieder austauschen könnten, obgleich das Verhältnis kein alltägliches, familiäres gewesen sei. Die Beziehung und die Familiengeschichte des Täters in die verletzte Reimann habe sie sich gefallen lassen. Die Anklage nimmt an, daß sie den Reimann aus dem Begriff schaffen wollte, als er bei ihrem Liebesverhältnis mit Dr. St. unbedeutend wurde. - In der Beiseinsnahme erklärte Dr. St. die Angeklagte als ein liebenswürdiges, uns intelligentes Mädchen. - Sie werden über die Beiseinsnahme informierend zugleich mit dem Urteil berichten.

Die bürgerliche Presse als Kupplerin.

In den Straßburger Neuesten Nachrichten findet sich das folgende Inserat, in dem nicht weniger als 38 Frauen für den Hochzeitmarkt angeboten werden:

Heiraten!

1 Fräulein, 21 Jahre alt, 80 000 M.
1 Fräulein, 25 Jahre alt, 200 000 M.
10 Fräulein von 25 bis 30 Jahren mit 6- bis 30 000 M.
1 Fräulein, 50 Jahre alt, 20 000 M.
1 Rentnerin, 50 Jahre alt, 150 000 M.
1 Rentnerin, 40 Jahre alt, 40 000 M. (katol. Religion)
1 Fräulein, 25 Jahre alt, 250 000 M.
1 Fräulein, 25 Jahre alt, 120 000 M.
15 Fräulein, 23 bis 30 Jahre alt, mit 5- bis 30 000 M.
1 Rentnerin, 45 Jahre alt, 80 000 M.
2 Rentnerinnen, 50 Jahre alt, 25 000 M.
3 Bauernsöhne, 20 Jahre alt, 27 000 M. nebst sonstigen kleinvermögenden Fräuleins und Witwen (evang. Religion). Begleitet wird alles ohne Vorwahl durch das Bureau usw.

Die Heiligkeit der bürgerlichen Ehe als Kupplerin und die fiktive Höhe der bürgerlichen Presse lassen sich an solchen Fleischmarktinseraten - die wir übrigens nicht bloß außerhalb zu finden brauchen - ohne weiteres ermessen.

Fliegertüre.

Chamont, 5. Oktober. Der Militärlieger Laverrière lagte gestern hier ab und wurde auf der Stelle getötet.

Kehns, 6. Oktober. Gestern nachmittag gegen 4½ Uhr starb der Militärlieger Laverrière, Feldwebel Kehn, bei Chamone ab und blieb sofort tot.

Marmagne, 5. Oktober. Der Flieger Sevel wurde bei der Landung auf dem Flugplatz aus dem Seil über dem überstehenden Flugzeugen 20 Meter weit hinausgeschleudert und erlitt einen Schädelbruch, der seinen Tod herbeiführte.

Barcelona, 5. Oktober. Beim Aufstieg eines Freiballs wurde gestern nachmittag ein Mann, am Hals hängend, mit in die Höhe gerissen. Der Ballonführer flüchtete bei dem Verschlag, den in Gefahr Schwebenden auf die Gondel zu ziehen, aus etwa zehn Metern Höhe auf die Erde und wurde getötet. Der andere segte, immer am Seil hängend, seine gefühlvolle Lustfreude noch einige Kilometer weiter fort, dann landete der Ballon, ohne daß der Mann Schaden bekommen hätte. Der abgestürzte Ballonführer hinterließ Frau und fünf Kinder.

Orlitzing, 5. Kreis. Sammelbüchse in der Expedition 244 M. Mag Richter.

Bereitskalender für Montag.

Wählerversammlung. Lippendorf im Oberen Rathaus, abends 8 Uhr. Bereitskalender für Dienstag. Wählerversammlungen. Dresden-Reußstadt und Gorbitz im Görlitzer Platz, abends 4 Uhr. Görlitzer Straßenberge im Wilsdruffer Platz, abends 8 Uhr. Görlitzer Gitter im Görlitzer Platz, abends 8 Uhr. Einbeck im Schlossgarten, abends 8 Uhr. Verband d. Saitter u. Portefeuillen, Dresden. Abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung zu Dresden. Abends 8 Uhr. Generalversammlung in den Reichshallen, Palmstraße 18.

Tyriania halia theater!
Görlitzer Str. 6. Am. 8 Uhr 20. Sonnt. 3 Vorstellung.
Teleph. 14 880 [A 389] Liniens 6 u. 7
Sonntags 11 Uhr. Fledermaus. Freitags 15, 25 u. 35 Pf. Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind 50 Pf. Donnerstag. Damencafè!
Vorlesungskarte. Woestenhaus u. Sonntags nachm. gültig.

Butter billiger

Extrafeine Teebutter	, das Beste, was es gibt .	1 Pfund 142,- bei 5 Pfund 140,-
Feinste Tafelbutter	1 Pfund 138,- bei 5 Pfund 136,-
Feine Tafelbutter	1 Pfund 128,- bei 5 Pfund 126,-
Feinste Molkereibutter	1 Pfund 122,- bei 5 Pfund 120,-
Feine Molkereibutter	1 Pfund 118,- bei 5 Pfund 116,-

Für Restaurants, Hotels, Pensionate usw.:

Obige Butter wird auf Wunsch in Rollen geformt.

Ich bringe meine Butter so zum Verkauf, wie sie täglich frisch bei mir eintrifft. Meine Butter wird also **nicht** durch **Kneten** und **Vermischen** mehrerer Sorten bearbeitet, wie es im Butterhandel vielfach geschieht.

Stückchenbutter:

Teebutter F. E. K., das Beste, was es gibt, 1 Stück	73,-
Rose, höchste Qualität	1 Stück 70,-
Kleeblatt, feine Qual.	1 Stück 68,-
Sternblume	1 Stück 65,-
Muschel	1 Stück 62,-

Sehr feiner Schweizerkäse	1 Pfund 95,- bei 5 Pfund 90,-
Feinster Emmentaler Käse	1 Pfund 105,- bei 5 Pfund 100,-
Allerfeinster echt Emmentaler Käse	1 Pfund 110,- bei 5 Pfund 105,-
Vollfetter Tilsiter Käse	1 Pfund 88,-
Feinster Edamer Käse	1 Pfund 100,- in ganzen Stück 1 Pfund 95,-
Prima Limburger Käse	1 Pfund 38,- bei 5 Pfund 35,-
Harzer Käse	5 Stück 10,-

Garantiert reines Schweineschmalz 1 Pfund 78,-
bei 5 Pfund 76,-

frische
durchgeleuchtete

Eier 1 Stück
6 und 7 Pf.

F. E. Krüger

Webergasse 18

Telephon nur 1912. ■■■ Freier Versand nach allen Stadtteilen. ■■■

[L 1250]

Tanzlohr-Institut E. Pause

Hofgasse 2, 1., 5 Min. vom Hauptbahnhof. Am. Oktober beginnen
neue Kurse für alle Runde- und Kreisstufen. Honorar 15 Pfst.
Zellen Sonnabend 8 Uhr u. Sonntag 8 Uhr Walzer u. Rheinländer.
Honorar 5 Pfst. Spätstunden überlassen. [E 2810]

Englisch und Französisch

Beginn neuer Kurse Anfang Oktober
Katharina Reichelt, Luisenstraße 28, 3.

Parteigenossen.

Brautleute
tauschen durch Erfahrung der treuen
Lieben mitteile billige, sollte
Tischler- und Polster-

Möbel

durch Wohnungs - Einrichtungen
250, 350, 450, 500, 600, 700, 800,
Kaufbeispiel, 81, 1. Etg.

Oswald Macht

Zeilgasse 10, Wohnung geöffnet. [E 3098]



Möbelhaus
Fränkner
Möbelhaus
Fränkner

Möbelhaus Fränkner, 1. Etg., Zeilgasse, 10, I.

Erstes Kulmbacher

August Bebel

Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter
von HERMANN WENDEL
mit einem Porträt in Vierfarbendruck
Preis: 50 Pf.

INHALT: Vorwort — Kindheit, Lehr- und Wanderjahre
— Vom Leipziger Bildungsverein zum Eisenacher Kongress — Der Hochverräter — David und Goliath — Bis zur Jahrhundertwende — Die Jahre der Erfüllung

Zu bezahlen durch die
Volksbuchhandlung und Kolportoreure

Zentralverband der Zimmerer Deutschl. Zahlstelle Dresden und Umgebung.

Am 3. Oktober verstarb plötzlich und unerwartet, 87 Jahre alt, injöge Herzschlag, unser liebes Mitglied, der Zimmermeister

Theodor Grünzig

Alle, die ihn kannten, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Dienstag, morgens 9 Uhr, auf dem St. Pauli-Friedhof statt. [V 100]

Um zahlreiches Geleit bitte

Der Verstand.



Am Sonntag nachmittag plötzlich
unser lieber Oberarbeiter

Theodor Grünzig

Die Beerdigung findet Dienstag, morgens 9 Uhr, auf dem St. Pauli-Friedhof statt.

Um zahlreiches Geleit bitte

Der Verstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Dresden.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Sohn, beruflicher

Ernst Marx

am 8. Oktober verstorben ist.

Die Beerdigung findet Dienstag den 7. Oktober, morgens

8 Uhr, auf dem St. Pauli-Friedhof statt. [V 100]

Um zahlreiches Beteiligung erachtet

Der Verstand.

Zypressenzweig auf das Grab unseres lieben Jugendfreundes Hans Gerber,

gestorben im Alter von 20 Jahren.

Geliebter Freund, in deiner Jugend füllte

Dein Herz so frisch das Schicksal schwere Hand.

Die Erde deest nun schon die tante Hölle.

Verriest ist das idöne Friedhofsfeldbank.

Du warst so lieb, drum schafft's dem Herzen Unzen

Denk' so daran, daß du getorben bist;

Es ist alle, die mit Weinen an die gehangen

Empfanden es, wie schwer das Scheide ist.

Wir denken dein mit wehmütigen Herzen.

Wir denken dein, du lieber, treu und gut,

Der nun besteht von allen lebenden Schwestern

So stark und füllt in Mühler Erde ruht.

Wir fühlen's tief, was wir an dir verloren,

Das Herz und Lot stets offen, ehrlich sonst;

Die du zum Gesund die einsmale angesprochen,

Sie berden dein in Weinen immerdar;

Gewidmet von deinen treuen Freunden seines von den Mitgliedern

des Radfahrervereins „Radlerland“, Dresden.

Allen Bekannten und Verwandten danken die trauernde

Radfahrer, doch mein lieber Gott, unser guter Vater, Hubert

und Schwester

Friedrich Bruno Zimmermann

nach langem Seiden sanft verschliefen ist.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 1/2 Uhr vom

Kreuzhaufe, Großburg, Alberthstraße 11b, aus Platz.

Die trauernde Witwe nebst Angehörigen.

Burkhardt Lehrt vom Grade unserer untergeordneten Kocher,

Schuster und Schuhmacher Dora

sagen wir allen, bis durch Wort, Schrift und Blumenstrauß

unseren Schmerz zu lindern suchen, ausdrücken kann. Ge-

fördert sei gebaut zu meinem Vater, Herrn Henkel, und meinen

Arbeitskollegen für die Strandhafen.

Familie Höhne nebst Angehörigen.

Reichen, Bahnhofstraße 26, I.

Samstag Abend 20.9. bis 11.10.13

1900 bis 1600 St. 54,- 1600 bis 2500 St. 60,-

2500 bis 3500 St. 48,-

3500 bis 4500 St. 40,-

4500 bis 5500 St. 35,-

5500 bis 6500 St. 30,-

6500 bis 7500 St. 25,-

7500 bis 8500 St. 20,-

8500 bis 9500 St. 15,-

9500 bis 10500 St. 10,-

10500 bis 11500 St. 8,-

11500 bis 12500 St. 6,-

12500 bis 13500 St. 5,-

13500 bis 14500 St. 4,-

14500 bis 15500 St. 3,-

15500 bis 16500 St. 2,-

16500 bis 17500 St. 1,-

17500 bis 18500 St. 0,-

18500 bis 19500 St. 0,-

19500 bis 20500 St. 0,-

20500 bis 21500 St. 0,-

21500 bis 22500 St. 0,-

22500 bis 23500 St. 0,-

23500 bis 24500 St. 0,-

24500 bis 25500 St. 0,-

25500 bis 26500 St. 0,-

26500 bis 27500 St. 0,-

27500 bis 28500 St. 0,-

28500 bis 29500 St. 0,-

29500 bis 30500 St. 0,-

30500 bis 31500 St. 0,-

31500 bis 32500 St.

